Nr. 533 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 269

Morgen-Ausgabe

40 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 36,— M., monatl. 12,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 12,— M. einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 22,— M., für das übrige Ausland 32,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die neungespaltene Nonpareillezeile kostet 6,— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 2,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,— M., jedes weitere Wort 60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3,50 M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Freitag, den 11. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Regierungserklärung in Preußen.

Die Erklärung, die der Ministerpräsident Otto Braun gestern im preußischen Landtag verlas, war kein persönliches Bekenntnis des Genossen Otto Braun und seiner beiden sozialdemokratischen Ministerkollegen, sondern sie war eine Kollektiverklärung der neuen preußischen Regierung, die von Sozialdemokraten, Zentrumsleuten, Demokraten und Volksparteilern gebildet wird. Zu den Richtlinien, die sie zeichnet, sind die Mitglieder des Kabinetts solidarisch verbunden. Das besagt natürlich nicht, daß die einzelnen politischen Persönlichkeiten der Regierung und die Parteien, die hinter ihnen stehen, nicht Ziele verfolgen können, die weit über den engen Rahmen des Regierungsprogramms hinausgreifen, wohl aber besagt es, daß sich alle Parteien wenigstens zu dem verpflichten, was durch ihre gemeinsame Erklärung in Aussicht gestellt ist.

Für die Sozialdemokratische Partei kann nur die Frage entstehen, ob ihr das, was das Programm verspricht, für den Augenblick genügen kann. Daß sie alles das, was hier ausgesprochen wird, noch viel entschiedener will, daß sie noch viel mehr will, darüber besteht kein Zweifel. Die Frage ist, ob sie sich mit dem Entwicklungstempo, das sich hier ankündigt, zur Not vorläufig abfinden kann, um gänzlichen Stillstand oder Rückwärtsbewegung zu verhindern.

Etwas anders liegt die Sache für die bürgerlichen Parteien der alten Koalition: Zentrum und Demokraten. Sie werden reichlich zufrieden sein, denn sie hegen, wahrhaftig, keine ausschweifenden Wünsche, sie sind keine Himmelstürmer. Das Programm der neuen großen Koalition sieht ziemlich genau so aus, wie die meisten Programme der alten, kleinen, die wir bisher gehört haben. Es werden Forderungen an die Zukunft gestellt, demokratische Forderungen, soziale Forderungen, aber sie sind so bemessen, daß der gute Bürger ihretwegen nicht gleich auf den Rücken zu fallen braucht.

Und nochmal anders liegt die Sache für den neuen vierten Mann im Spiel, für die Deutsche Volkspartei. Denn alles, was dieses aufgefrischte alte Koalitionsprogramm verheißt, sind doch Dinge, die die Deutsche Volkspartei bisher ganz entschieden nicht gewollt hat. Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Kampf gegen den Preiswucher unter dem Gesichtspunkt, daß das Gemeinwohl über dem Bereicherungsstreben des einzelnen stehe, Erfüllung des Schulwesens mit dem Geist der neuen Verfassung, die bekanntlich eine republikanische ist, Verpflichtung der Beamten auf die neue Verfassung und Erlaß eines Disziplinargesetzes in diesem Sinne, Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes — das sind alles Dinge, von denen die Herren Dr. Boelitz und v. Richter bisher nicht geredet haben und von denen man bisher wohl auch in volksparteilichen Versammlungen nicht reden konnte, ohne in Gefahr zu geraten, hinausgeworfen zu werden.

Bereitet sich hier eine Wandlung vor? Vielleicht, vielleicht auch nicht! Daß in dieser schnellebigen Zeit Menschen umlernen können, ist bewiesen. Vor drei Jahren und zwei Tagen waren Demokraten und Zentrumsleute noch Monarchisten, seit mehr als zweieinhalb Jahren bilden sie aber mit den Sozialdemokraten — unter mancherlei Wechselfällen — einen republikanischen Block. Damals hielten uns die Gruppen links von uns für Verräter, weil wir nicht direkt auf sowjetrussische Ziele losgingen, sondern die demokratische Republik unter möglichst starkem sozialistischem Einfluß für die nächste Entwicklungsstufe Deutschlands hielten. Heute bringen sie Gesetzentwürfe zum Schutz der demokratischen Republik ein, deren Verteidigung gegen reaktionäre Angriffe selbst Clara Zetkin für ein unbedingtes Erfordernis erklärt. Warum sollten also nicht auch Bekehrungen an der andern Seite möglich sein? Sie sind denkbar, nur ist es gut, möglichst wenig zu prophezeien und möglichst scharf aufzupassen.

Festzuhalten sein wird darum, daß das neue Regierungsprogramm ein Mindestprogramm ist, und daß die Zustimmung zu ihm eine moralische Bindung in sich einschließt. Wird es verwirklicht, so ist fürs erste allerlei getan, was für die Zukunft nützlich ist. Stößt die Verwirklichung auf Hindernisse, dann wird man gegen die Väter dieser Hindernisse die allerschwersten Vorwürfe erheben dürfen, denn sie werden es dann sein, die ihrem Wort untreu geworden sind.

Das neue Regierungsprogramm sagt, das treibende Motiv für die Schaffung der großen Koalition sei das Bestreben gewesen, mehr Stetigkeit und Sicherheit in die preußische Politik zu bringen. Der Zweck ist ebenso bekannt wie löblich, nur ob er durch die große Koalition erreicht werden wird, steht dahin. Man darf und muß aussprechen, daß das Gefühl, mit dem die Massen der Sozialdemokratie diesem neuen Gebilde gegenüberstehen, sich von Sicherheit und Vertrauen noch recht weit entfernt hält; die Besorgnis, daß sich unsere Genossen in der Regierung „einseifen lassen" könnten, ist nicht gering. An ihnen und an der Sozialdemokratischen Fraktion wird es liegen, den Beweis zu führen, daß solche Besorgnis unbegründet ist und daß die Partei diesen gefährlichen Uebergang ohne Unfall traversieren kann. Zu dieser Probe wird ihnen jeder Genosse, mag er mit seinem Herzen zu den 46 oder zu den 41 der Fraktion gehören, nur aufrichtig Glück wünschen können. Von ihrem Glück, noch mehr von ihrem Geschick hängt unendlich viel ab.

Aber die Massen der Parteigenossen können nicht ihre Befriedigung darin finden, bei diesem Vorgang die unbeteiligten Zuschauer zu spielen oder darüber zu streiten, ob das, was geschehen ist, hätte geschehen sollen oder nicht. Die Genossen in der preußischen Regierung und im preußischen Landtag müssen bei jedem Schritt, den sie sich durch das Gestrüpp der großen Koalition durchkämpfen, die Massen der Parteigenossen hinter sich haben. Denn von dem Kräfteverhältnis zwischen Kapitalismus und Arbeiterbewegung hängt doch schließlich ab, was aus dem Ganzen wird!

* * *

Im Landtag gab gestern nachmittag Ministerpräsident Braun im Namen des neuen Kabinetts folgende Erklärung ab:

Gemäß Artikel 45 der Verfassung haben Sie mich zum Ministerpräsidenten gewählt. Ich danke Ihnen für das mir entgegengebrachte Vertrauen. In Erfüllung der mir nach der Verfassung obliegenden Pflicht habe ich die Bildung des Kabinetts vorgenommen und die folgenden Herren ernannt:

Dr. Am Zehnhoff als Justizminister,
Severing als Minister des Innern,
von Richter als Finanzminister,
Dr. Wendorff als Minister für Landwirtschaft,
Siering als Minister für Handel und Gewerbe,
Dr. Boelitz als Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung,
Hirtsiefer als Minister für Volkswohlfahrt.

Gewerkschaften und Kreditangebot.

Die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände haben folgende Entschließung gefaßt:

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes sehen in den Beschlüssen des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Gewährung einer Kredithilfe an das Reich eine Provokation der gesamten werktätigen Bevölkerung. Die organisierten Unternehmer knüpfen an die steuerlichen Vorschußleistungen Bedingungen, die in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zur Entrechtung und materiellen Schädigung der Arbeiter, Angestellten und Beamten führen müssen; sie fordern von der Reichsregierung politische Garantien zugunsten des Unternehmertums, die in letzter Linie eine Einschränkung, wenn nicht Beseitigung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer in den Betrieben, eine Entstaatlichung der Eisenbahn- und sonstigen Reichsbetriebe und die Durchbrechung oder Aufhebung des Achtstundentages bedeuten. Der Wortlaut der Entschließung läßt erkennen, daß allgemein mit der Gewährung der Kredithilfe das Reich damit die breiten Schichten der Bevölkerung in eine wachsende und unerträgliche Abhängigkeit von den kapitalistischen Unternehmern gebracht werden sollen.

Die Kreditaktion der Industrie, die anfangs als eine nationale Tat angekündigt wurde und die auch die Zustimmung der Gewerkschaften gefunden hätte, ist durch die Beschlüsse des Reichsverbandes der deutschen Industrie als ein neues Machtinstrument des organisierten Unternehmertums entlarvt worden.

Die vereinigten gewerkschaftlichen Spitzenverbände erwarten von der Reichsregierung, daß sie die von den Industriellen in Verbindung mit der Gewährung der Kredithilfe erhobenen Forderungen unbedingt ablehnt.

Sie wollen die Eisenbahnen!

Der Reichsverband der deutschen Industrie hatte, wie bekannt, am Ende der vergangenen Woche in Sitzungen des Präsidiums und der Generalversammlung erneut zu der Frage Stellung genommen, auf welche Weise durch eine Kreditaktion dem Reiche Goldvaluten zugeführt werden könnten; das Ergebnis dieser Aussprachen wurde in einer der Oeffentlichkeit bereits bekannten Resolution niedergelegt. Zu einer Erläuterung dieser Resolution hatte der Reichskanzler heute die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu sich gebeten. Der Sprecher des Reichsverbandes, Dr. Sorge, führte nach Ueberreichung der Resolution etwa folgendes aus:

Abgesehen von den unter Mitwirkung der parlamentarischen Instanzen zu lösenden Fragen der sparsamen Finanzwirtschaft und der Befreiung des Wirtschaftslebens von den ihm auferlegten Fesseln kommen zunächst Akte der Gesetzgebung in Frage, die es ermöglichen, mit den Reichseisenbahnen beginnend, die sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe

in privatwirtschaftliche Formen

zu bringen.

Die Durchführung solcher Maßnahmen ist möglich auf Grund eines durch die Gesetzgebung zu schaffenden Ermächtigungsgesetzes, das den Verkauf zunächst der Reichseisenbahnen an eine privatwirtschaftlich-juristische Person in die Wege leitet.

Die Industrie wird Vorschläge ausarbeiten und sie zu gegebener Zeit den zuständigen Stellen vorlegen, aus denen ersichtlich ist, in welcher Form diesem Ermächtigungsgesetz praktischer Inhalt gegeben werden muß.

Rein wirtschaftlich muß diese Aktion dahin führen, daß von einem nicht zu fern liegenden Zeitpunkt ab die Eisenbahnen ein zu vereinbarendes Kapital der juristischen Person verzinsen und daß gleichzeitig das Reich von allen persönlichen und sachlichen Lasten aus diesen Unternehmungen befreit wird.

Die Entlastung des Reichs von Arbeitskräften,

die weder ihrer Zweckbestimmung nach noch in wirtschaftlicher Beziehung volle Nutzung finden, kann nach Auffassung der Industrie nur in Verbindung mit großzügigen Siedlungen erfolgen, die wieder an sich und nach ihrer örtlichen Lage die nutzbringende Beschäftigung dieser Personen sicherstellen.

Die Industrie ist sich darüber klar, daß die Durchführung dieser Aktion, insoweit der Versailler Artikel 248 Rechte des Auslandes begründet hat, entsprechende Verhandlungen mit den Vertragsgegnern erforderlich macht, die gleichzeitig dazu führen müssen, im Zusammenhang mit der Lösung dieser Frage auch die Verpflichtungen aus dem Ultimatum einer anderweitigen Lösung zuzuführen.

Auf diesen Grundlagen wird die Industrie in Verhandlungen mit deutschen Banken eintreten, um, insofern eine Aenderung des Londoner Ultimatums sich nicht schon aus den vorher angedeuteten Verhandlungen ergibt, diejenigen Kredite zu beschaffen, die notwendig sind, um die finanziellen Verpflichtungen des Reiches sowie die Entwicklungsmöglichkeit der angestrebten Neuorganisationen der Reichsbetriebe zeitlich und sachlich sicherzustellen.

Die Durchführung dieser Kreditaktion einschließlich der Verhandlungen mit den auswärtigen Kreditgebern kann

nur unter Führung der deutschen Industrie

und im Einvernehmen mit den deutschen Banken erfolgen.

Selbstverständlich muß, wenn sich die deutsche Volkswirtschaft und damit der deutsche Staat aus den jetzigen Verhältnissen herausarbeiten will, die Volksgesamtheit, d. h. der Staat, denjenigen, die heute diesen jetzt freiwillig übernommenen Kredit zur Verfügung stellen, in zu vereinbarender Weise entsprechende Entlastung gewähren.

Der Reichskanzler nahm diese Mitteilung entgegen und erklärte, daß die Reichsregierung zu den Ausführungen der Industrie mit der gebotenen Beschleunigung Stellung nehmen werde.

Das Reichskabinett wird sich bereits heute nachmittag mit diesen Forderungen der Industrie befassen.

*

Gestern waren Vertreter der Gewerkschaften der Eisenbahnbeamten und -arbeiter sowie Hauptbeamtenrat und Hauptbetriebsrat der Reichsbahnen zusammengetreten, um mit dem Verkehrsminister die Frage der Zweckmäßigkeit einer Entstaatlichung der Reichsbahnen zu erörtern. Sämtliche Organisationen und die Betriebsvertretungen sprachen sich mit großer Schärfe gegen jede Aenderung in der Betriebsform der Reichsbahnen aus. Sie überreichten dem Verkehrsminister folgende Entschließung mit der Bitte, sie unverzüglich zur Kenntnis der Reichsregierung zu bringen: Die heute im großen Sitzungssaale des Potsdamer Bahnhofs versammelten bevollmächtigten Vertreter sämtlicher Großorganisationen des Eisenbahnpersonals sind sich darüber einig, daß die deutschen Reichseisenbahnen nur in der Form des unmittelbaren Betriebes durch das Reich die Gewähr für eine richtige Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgaben bieten können. Sie lehnen deshalb aus vaterländischen und wirtschaftlichen Gründen eine Privatisierung der Reichsbahnen in jeder Form ab und erklären, daß sie den Bestrebungen auf Entstaatlichung der Bahnen mit der größten Entschiedenheit entgegentreten und in dieser Lebensfrage der deutschen Eisenbahner auch vor der Anwendung äußerster gewerkschaftlicher Mittel nicht zurückschrecken werden. Vom Herrn Reichsverkehrsminister wird erwartet, daß er seinerseits mit allen Kräften den Versuchen nach Privatisierung der Bahnen sich entgegenstellt.

Den ausscheidenden Ministern spreche ich den Dank aus für ihre dem Lande geleisteten wertvollen Dienste.

Ich habe nicht den Ehrgeiz, den drei seit der Staatsumwälzung hier vorgetragenen Regierungsprogrammen ein viertes zuzugesellen. Denn die Situation, in der sich unser Land befindet, heischt

nicht Worte, sondern Taten,

hingebende Arbeit zum Wohle des Volksganzen. Ich werde mich daher darauf beschränken, kurz die allgemeinen Richtlinien für die Politik des neuen Kabinetts aufzuzeigen.

Schwer lastet wirtschaftliche Not und Bedrückung auf unserem Volke. Die Faust des Siegers drückt mit unverminderter Wucht auf uns und hämmert uns immer wieder die Erkenntnis ein, daß wir einen Krieg verloren haben, einen Krieg von einem Umfange und von einer so vernichtenden Wirkung, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht aufzuweisen hatte. Preußen wird am schwersten getroffen von den Auswirkungen des Friedens, der den unseligen Krieg formell beendete. Ich sage formell, weil zahlreiche Maßnahmen unserer ehemaligen Kriegsgegner nicht nur nicht mit den Bestimmungen von Versailles, sondern auch

mit einem wahren Friedenszustande nicht in Einklang

zu bringen sind. Noch immer seufzen rheinische Städte unter dem Druck der rechtswidrig verhängten militärischen Sanktionen, für deren Aufrechterhaltung jetzt vollends jeder Rechtsboden fehlt, nachdem auch die Umstände, die zu ihrer Verhängung zum Anlaß genommen wurden, längst fortgefallen sind. Den deutschen Volksgenossen links und rechts des Rheins, die unter dem Druck der Besetzung leiden, spreche ich die wärmste Sympathie der Staatsregierung aus, die erneut verspricht, ihnen nach Kräften beizustehen in ihrer schweren Bedrängnis. (Lebhafter Beifall.)

Von den Reichslanden abgesehen, trifft der ganze Verlust an Land und Volk allein Preußen. Hunderttausende gut deutscher Männer und Frauen sind zum Teil

unbefragt unter fremde Staatshoheit gezwungen

worden. Die Früchte jahrzehntelanger, ja zum Teil jahrhundertelanger deutscher Kulturarbeit, wirtschaftliche Kräfte von hohem Wert, von großer Bedeutung vornehmlich für unsere Volksernährung, sind unserem durch den Krieg und seine Folgen verarmten Lande verlorengegangen.

Der schwerste Schlag aber ist Preußen, besonders seiner Wirtschaft versetzt worden durch

die Entscheidung über Oberschlesien.

Ueber 700 Jahre ist Oberschlesien deutsches Land und verdankt seine hohe wirtschaftliche Blüte allein deutscher Intelligenz und deutscher Arbeit. Ueber 60 Proz. der Bevölkerung hatten sich für das Verbleiben bei Deutschland ausgesprochen. Gleichwohl hat man eine Grenze diktiert, die das industrielle Wirtschaftsgebiet willkürlich zerreißt und fast 40 Proz. der oberschlesischen Bevölkerung und über 90 Proz. der industriellen Anlagen Polen ausliefert. Ich hoffe und wünsche, daß es den deutschen Vertretern bei den uns aufgezwungenen Verhandlungen mit Polen gelingen wird, das wirtschaftliche Verhältnis zu dem polnischen Staate so zu gestalten, daß katastrophale Folgen für die oberschlesische, für die gesamte deutsche Wirtschaft vorerst vermieden werden, und den Oberschlesiern, die aus unserem Staatsverbande auszuscheiden gezwungen sind, in ihren materiellen und kulturellen Rechten ausreichender Schutz gesichert wird. (Zustimmung.) Mit ihnen bleiben wir im Geiste verbunden; denn der Machtspruch des Siegers kann wohl geographische Gebilde zerreißen und neue Grenzsteine setzen, die geistige und kulturelle Gemeinschaft eines Volkes kann er nicht zerreißen. (Lebh. Sehr wahr!)

Der ungerechte, mit den Friedensbestimmungen nicht im Einklang stehende Machtspruch führt auch zu den ärgsten Befürchtungen für unsere Staatsfinanzen. Noch ist keine Deckung für den Fehlbetrag gefunden. Trotz aller Sparsamkeit, die auch weiter auf allen Gebieten der Verwaltung geübt werden soll, bringt doch jeder Tag neue Anforderungen, die, soweit sie unabweisbar sind, befriedigt werden müssen.

Soll es gelingen, den Staatshaushalt zu balancieren, dann muß die steuerliche Kraft unseres Volkes nach weiter angespannt und vor allem der Besitz nach Maßgabe der von der Reichsgesetzgebung belassenen Besteuerungsmöglichkeiten in vollem Umfange seiner Leistungsfähigkeit herangezogen werden. (Lachen bei den Kommunisten.) Ich verstehe nicht, warum Sie gerade hiergegen protestieren!

Größere Selbständigkeit der Finanzen des Staates und der Gemeinden können nur durch Erschließung eigener ausreichender Einnahmequellen erreicht werden; sie können aber nur ergiebig sein, wenn unsere Wirtschaft prosperiert. Deshalb wird die Staatsregierung alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, das Wirtschaftsleben zu fördern und

die wirtschaftliche Kraft unseres Volkes

erstlos einer unsere Volkswirtschaft befruchtenden Auswertung zuzuführen.

Zur Hebung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung wird die Regierung der Steigerung des Bodenertrages, der Vermehrung unserer Anbauflächen durch Urbarmachung von Moor- und Oedländereien und einer gesunden, umfassenden Siedlungstätigkeit auch fernerhin ihr regstes Augenmerk zuwenden.

Den schädlichen sozialen Begleiterscheinungen einer intensiven Wirtschaftstätigkeit muß durch Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung entgegengewirkt werden.

Auch müssen die Auswüchse des krassesten Egoismus, wie sie in den wucherischen Preistreibereien und den wilden, hemmungslosen Spekulationen auf dem Waren-, Effekten- und Devisenmarkt in die Erscheinung treten, mit allen Machtmitteln der Justiz und der Exekutive bekämpft und der Grundsatz zur Geltung gebracht werden, daß das

Gemeinwohl über dem Bereicherungsstreben des einzelnen

steht. Soll indes eine nachhaltige Besserung erzielt werden, dann muß dieser Grundsatz Gemeingut des ganzen Volkes werden, was nur zu erreichen ist, wenn er schon zur Grundlage der Jugenderziehung in den Schulen gemacht wird. Das wird ganz besonders zu der dringend notwendigen Versöhnung der Volksschichten beitragen. Wenn dazu noch eine rückhaltlose, bewußte Erziehung der Jugend zur Staatsgesinnung hinzukommt, der Wille zum Staat, der allein die Kräfte des Aufbaues entbindet, dann wird auch der Geist der neuen Verfassung volles Eigentum der Jugend werden. Im übrigen soll die Um- und Ausgestaltung unseres Schulwesens im Rahmen der Reichsverfassung fortgesetzt werden mit dem Ziele, alle intellektuellen Kräfte unseres Volkes zur vollen Entfaltung und höchsten Ausbildung zu bringen und sie so dem Wohle des Volksganzen dienstbar zu machen.

Eine unserer wichtigsten Aufgaben wird es sein,

die Verfassung zu sichern,

und zu festigen und in der Gesetzgebung des Landes und in allen Zweigen seiner Verwaltung zur vollen Auswirkung zu bringen. Die zur Verwirklichung dieses Zieles und zur Demokratisierung der Verwaltung bestimmten Gesetze werden mit tunlichster Beschleunigung vorgelegt werden.

Auch die Beamtenschaft muß sich der Pflicht bewußt sein, in ihrem Amte ebenso die Verfassung gegen jedermann mit allen Mitteln in Schutz zu nehmen und für die Autorität des Freistaates und der verfassungsmäßigen Regierung einzutreten. Auch außerhalb des Amtes muß sie, unbeschadet der Freiheit ihrer politischen Meinungsäußerung bei ihrem Verhalten stets der besonderen Pflichten eingedenk sein, die ihr gegenüber dem Staate und der Regierung obliegen. Neben dieser selbstverständlichen Verpflichtung muß indes bei der Zulassung zu Staatsämtern die persönliche Eignung, sowie die fachliche Tüchtigkeit und Erfahrung der Anwärter in erster Linie maßgebend sein.

Die neuzeitliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Beamten wird durch Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinargesetzes eingeleitet werden. Für die

Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts

des Volkes wird die Staatsregierung sich jederzeit einsetzen, indes kann sie Bestrebungen auf Absplitterung einzelner Gebietsteile aus dem preußischen Staatsgefüge nicht unterstützen. Denn nur durch ein ungeteiltes und ungeschwächtes Preußen im Reiche kann die Reichseinheit gewahrt und in organischer Fortentwicklung der Weimarer Verfassung jene Vereinheitlichung des Reiches und seiner Verwaltung angebahnt werden, die im Hinblick auf die wirtschaftliche Verarmung unseres Landes unerläßlich erscheint. Da

Preußen und das Reich

aufeinander angewiesen sind, Preußen nicht ohne das Reich und das Reich nicht ohne Preußen leben kann, ist ein gedeihliches Zusammenarbeiten der Regierungen dringendes Gebot. Die Regierung wird daher unter Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte Preußens auf ein gutes Verhältnis zur Reichsregierung und ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit ihr stets Bedacht nehmen.

Das sind im wesentlichen die Richtlinien der Regierungspolitik, wie ich sie im Benehmen mit den Mitgliedern bestimmt habe. Sie stehen im Einklang mit den Vereinbarungen, die für die Zusammenarbeit der Koalitionsparteien getroffen sind. Das treibende Motiv für

die Schaffung der großen Koalition

der vier Parteien, die das neue Kabinett stützen, war das Bestreben, mehr Stetigkeit und Sicherheit in die preußische Politik zu bringen und der Staatsregierung die Möglichkeit zur planmäßigen, ersprießlichen Aufbauarbeit zu geben.

Bei der Eigenart unseres deutschen Parteiwesens und bei den starken politischen und wirtschaftlichen Gegensätzen in unserem Volke ist es unendlich schwer, vier politische Parteien auf einer Regierungsplattform zu gemeinsamer Arbeit zu vereinen. Jede Partei muß dabei Opfer bringen, sich in ihren Ansprüchen bescheiden. Daß es gleichwohl gelungen ist, die Arbeitsgemeinschaft der vier Parteien in Preußen nach langen Bemühungen zu erreichen, ist ein Beweis dafür, daß innerhalb dieser Parteien aus der Erkenntnis der furchtbar ernsten Situation unseres Volkes heraus der Wille gewachsen ist, zur Verhütung des Schlimmsten

eine Einheitsfront

aller derer zu bilden, die auch in dem Chaos dieser Zeit den festen Glauben an den Wiederaufstieg unseres Volkes nicht verloren haben, und die daher ihre ganze Kraft einsetzen wollen, um unser Land und Volk vor dem Zusammenbruch zu bewahren und es in langsamer, aufopfernder und zäher Arbeit aus den furchtbaren Nöten unserer Zeit einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, ist groß, ihre Lösung schwer. Unserer Verantwortung vor dem ganzen Volke bewußt, gehen wir mit festem Willen und zukunftsfroher Hoffnung ans Werk, zu dem wir Sie um vertrauensvolle Mitarbeit bitten. (Beifall links und in der Mitte.).

Es folgt die Besprechung der Erklärung:

Abg. Hauschildt (Soz.):

Wir billigen die Regierungserklärung. (Zuruf von den USP.: Auch die 41?) An ihrer Durchführung ernsthaft mitzuwirken, sind wir bereit, wie es überhaupt unser Wille ist, der Republik und unserem Volke im Geiste unserer Weltanschauung und Staatsauffassung zu dienen. Um das so stark wie nur möglich tun zu können, nimmt meine Partei auch an der Regierung teil. Allein oder mit anderen sozialistischen Parteien zusammen die Regierungsgewalt zu übernehmen, sind wir zurzeit leider nicht stark genug. Deshalb sind wir schon früher Koalitionen mit bürgerlichen Parteien eingegangen. Die Koalition ist nicht unser Ideal, sondern nur ein Gebot der Vernunft. Ginge es nach unserem Wunsch, wir würden

die kleine Koalition,

erweitert durch die Unabhängigen, mit Freuden begrüßen. Aber stärker als unser Wunsch ist die Macht der realen Verhältnisse. (Sehr richtig b. d. Soz.) Vor die Alternative gestellt, entweder mit der Volkspartei an der Regierung teilzunehmen oder die bürgerlichen Parteien weiterhin allein regieren zu lassen, entschieden wir uns für das erstere, nachdem ein Arbeitsprogramm vereinbart war, dessen Tendenz dem Geiste unserer Görlitzer Koalitionsbedingungen entsprach. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es war von jeher unser Bestreben, zu verhindern, daß Preußen sich zu einem zweiten Bayern entwickelt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir wollen nicht, daß die Hergt und Genossen Gelegenheit erhalten, von Preußen wie von Bayern aus die deutsche Republik nach ihrem Willen in die Zange zu nehmen. Wir haben vollauf

genug an einem Bayern.

(Sehr richtig! b. d. Soz. — Unruhe b. d. Komm.) Wir wollen nicht, daß an der weiteren Entwicklung der Dinge in Preußen, das drei Fünftel des ganzen Reiches umfaßt, die Helfferich und Westarp hälfte Freude haben. Darum sind wir an die Regierungsbildung mit dem Vorsatz herangetreten, wenn irgendmöglich, eine sozialistenreine Regierung zu verhindern. Es schien uns im Volksinteresse unbedingt geboten, so zu handeln. Wir hoffen, daß der Ministerpräsident auf der gekennzeichneten Bahn erfolgreich eine große Wegstrecke zurücklegen kann. Dies ist möglich, wenn jede der beteiligten Parteien Verständnis für die politischen Notwendigkeiten der Zeit bekundet. (Sehr richtig!) — Es kommt nun darauf an, daß im Geiste der Regierungserklärung gehandelt wird. Wir erwarten, daß uns die vom Herrn Ministerpräsidenten angekündigten Gesetze, insbesondere die Gesetze zur Demokratisierung der Verwaltung bald vorgelegt werden.

Fruchtbringende Gesetzesarbeit im Volksinteresse ist notwendig. Des Volkes Wohl, des Volkes Wille soll dabei ausschließlich der Leitstern unseres Handelns sein. (Bravo b. d. Soz.)

Abg. Herold (Z.) gibt, oft durch lärmende kommunistische Zurufe unterbrochen, eine Erklärung ab, in der er bedauert, daß nicht Stegerwald an der Spitze des erweiterten Koalitionskabinetts steht. Die Koalition war aber nur zu erreichen, wenn wir von der Person des Herrn Stegerwald Abstand nahmen. (Hört! Hört! rechts.) Die Zusammensetzung des Ministeriums entspricht zwar nicht ganz unseren Wünschen, aber im Interesse der Koalition haben wir Konzessionen gemacht. Wir hoffen, daß die

---

F. M. Dostojewski.

Zu seinem 100. Geburtstag.

„Wenn es auf der Welt ein Land gibt," schreibt einmal Dostojewski, „das andern Ländern unbekannter und unerforschter, unverständlicher und unverstandener ist als sämtliche übrigen Länder, so ist es zweifellos Rußland für seine westlichen Nachbarn. China und Japan liegen entfernter und sind schwerer zugänglich; Rußland dagegen ist für Europa offen, die Russen zeigen sich den Europäern, wie sie sind, und doch ist der Charakter des Russen im europäischen Bewußtsein noch schwächer umrissen als der des Chinesen und des Japaners. Rußland ist für Europa ein Sphinxrätsel: man weiß, daß dort Menschen wohnen, russische Menschen, aber was sind das für Menschen?" — Zweifellos keine so rätselhaften, so unerklärlichen, wie dieser beste Kenner der russischen Seele, wie Dostojewski selbst, es ist.

Dostojewskis Leben wie seine Kunst scheinen aus lauter Reaktionen zu bestehen. Eine schwere, finstere Kindheit — das entsetzliche Milieu der „Gebrüder Karamasow" enthält viele Züge der eigenen Jugend — machte ihn einsam, belesen, feinfühlig. Er fügt sich widerspruchslos dem Willen seines krankhaft strengen, bösartigen Vaters, erduldet noch vier Jahre nach dessen Tod die aufreibende Militärdisziplin der Ingenieurschule und gibt erst ein Jahr nach deren Absolvierung den Staatsdienst auf, um sich ganz der Literatur zu widmen. Fünfundzwanzigjährig, schreibt er, der Adlige, sein Erstlingswerk, „Arme Leute", einen naturalistischen Roman, der ihn berühmt macht. Er schließt sich in jener Zeit, in der sogar zu denken verboten war, an einen Kreis von Fourier-Anhängern und Atheisten an, um von europäischen Fortschritten zu träumen, und schreibt in den nächsten drei Jahren eine Reihe von Romanen und Novellen naturalistischen Genres mit ziemlich farblosen Phantasiehelden, deren Seelen Experimente über psychologische Einzelfälle sind. Typisch ist, daß hier schon die Armen die seelisch Reicheren sind, daß er schon Probleme anschneidet, die erst Wedekind in „Frühlings Erwachen" aufzustellen wagt, und daß er den Satz von der „Kunst um ihrer selbst willen" predigt.

Das Jahr 1848, das Europa eine Ahnung von Freiheit gab, ließ in Rußland die Reaktion noch wachsamer werden. Der Kreis der „Verschwörer" wurde entdeckt. Sie wurden vor Gericht gestellt, und die Roheit des Zaren ließ sie zum Tode verurteilen, um sie dann auf dem Richtplatz im Angesicht des Todes zum Zuchthaus zu begnadigen. Der 28jährige Dostojewski wird nach Sibirien verbannt. Er nahm das Schicksal mit demselben äußeren Gleichmut wie die früheren Unterdrückungen auf sich, über die inneren Vorgänge aber berichten die Worte: „Ich war nahe der Verzweiflung. Jene vier Jahre (im Zuchthaus) rechne ich als eine Zeit, in der ich lebendig begraben war und in einem geschlossenen Sarg lag." Dann kam der Strafdienst in einem sibirischen Regiment, und erst zehn Jahre nach der Verschickung wurde Dostojewski „die Gnade" zuteil, nach dem europäischen Rußland zurückzukehren.

Dieses dem Ich so fürchterliche Jahrzehnt formte den Menschen und Künstler Dostojewski. Das Evangelium, die einzige erlaubte Lektüre, und die Wirklichkeit, die jeden Gedanken des Evangeliums ins Ungeheure steigerte, mußte das mitfühlende Herz Dostojewskis für immer den „Unglücklichen" zuwenden. Dostojewski wird das Gefühl eigen, daß auch der „verworfenste" letzte Mensch doch Mensch und (sein) Bruder ist". Lächerlich erscheint ihm das Unterfangen der „Volksbeglücker", wie er selbst früher einer sein wollte. Er schreibt: „Nicht vieles können unsere Weisen das Volk lehren; umgekehrt, sie selbst müßten bei ihm in die Lehre gehen."

Diese Liebe zum Menschen ist die Grundlage von Dostojewskis Religiosität. Wie weit es mit seinem so gern ausgemünztem Panslawismus her ist, zeigen die Sätze: „Für uns Russen gibt es zwei Vaterlande: unser Rußland und Europa. Europa ist eine furchtbare, heilige Angelegenheit. Einem Russen ist Europa ebenso kostbar wie Rußland. Oh, sogar noch kostbarer!" Nur die Europa-Nachäfferei verwarf er, aus der Erkenntnis, daß jedes Volk seinen eigenen Weg gehen müsse. Sein Monarchismus ist eine Reaktion auf den Nihilismus. Er glaubte, daß die Seele seines russischen Volkes die Selbstverantwortung und die autoritätslose Freiheit nicht ertragen könnte, und verlangte deshalb zuerst das Schaffen von Hemmungen gegen das Böse in der Seele eines jeden. Da der junge Zar Alexander II. gerade die Leibeigenschaft aufgehoben hatte, erwartete Dostojewski gemäß seiner Natur, „die immer und in allem bis zur letzten Grenze ging", von ihm die Rettung. Die russische „Intelligenz" bezichtigte den Dichter deswegen des Verrats. Nachdem die nächste Gruppe der Romane, von dem „Gutshof Stepantschikowo" bis zu den „Memoiren aus dem Totenhause" (d. h. aus der sibirischen Verbannung) erschienen war, begann der Kampf zwischen Dostojewski und der Intelligenz. Während er von sich selbst schreibt: „Ich bin ein Literat-Proletarier, und wer meine Arbeit will, muß mir Lebensmöglichkeit geben", während er in Einsamkeit, drückendster Armut seine Riesenwerke auf Bestellung wie ein Akkordarbeiter schafft, richtet er Anklage auf Anklage gegen die revolutionäre, goldene Jugend.

Diese Anklagen sind, wie er selbst schreibt, keine vorgefaßten Ideen. Seine Gedanken entstehen während des künstlerischen Schaffens als das Ergebnis des Charakters der geschilderten Person. Das ist das Rätsel Dostojewskis. Beim Beobachten und Zergliedern der anderen versetzte er sich mit genialer Intuition in ihre Seelen, so daß er als sie dachte, fühlte und empfand und keine Möglichkeit mehr hatte, sich selbst gesondert von ihnen zu erfassen. So konnte dieser subjektivste Dichter der Welt vollständig objektive, für sich lebende Menschen geben; nur so ist es ihm möglich geworden, in seinen größten Werken, wie dem „Idiot", „Schuld und Sühne" und „Gebrüder Karamasow" eine eigene abgeschlossene Welt zu erschaffen.

Vor diesem künstlerischen Genius beugten sich seine Gegner; bei seinem Tode (1881) beugte sich zuerst ganz Rußland und dann Europa. Seine Menschen erleben in wenigen Minuten, was die gewöhnlichen Menschen in ihrem ganzen Leben nicht erleben können. In alle Abgründe der menschlichen Seele leuchtet er hinein. Er kennt nichts so Grausiges, so Verworfenes, so Verbrecherisches, das nicht in einer Brust mit dem Menschlichsten leben könnte, und um dessen willen er zu allen Menschen eine grenzenlose, selbstaufopfernde Liebe fordert. Er weiß, „durch Menschlichkeit kann man jeden vermenschlichen. Selbst jene, in denen das Gottesantlitz schon längst verdunkelt ist." Er zeigt uns die Welt des Entsetzens und des Untergangs, aber er glaubt und verspricht ihre Erneuerung. Nicht durch irgendeinen Gottmenschen, auf den man warten und hoffen soll, sondern durch uns selbst!

Michael Charol.

•

Dostojewski ist der Prophet der russischen Revolution. Doch, wie das häufig mit Propheten geschieht, ihm selbst war der wahre Sinn seiner Prophezeiungen verborgen. Ein unversöhnlicher Widerspruch klafft zwischen der äußeren Schale und dem inneren Wesen Dostojewskis. Von außen ist es die tote Schale zeitgebundenen Irrtums, von innen — der lebendige Kern ewiger Wahrheit.

D. Mereschkowski.

Miesbach in Berlin. Endlich weht mir der Zufall einmal den „Miesbacher Anzeiger" in die Hände. Aus Stößen von Zeitungen leuchtet mir der Titel entgegen. Ich freue mich auf die Lektüre des berühmten Blattes. Es mit Genuß zu lesen schnell noch eine Karte zweiter Klasse, dann hinein in die Untergrund.

Ich bin nicht enttäuscht. Ein Bericht über das Leichenbegängnis des bayerischen Exkönigspaares. Sehr interessant zu erfahren, wie schön geordnet die Konditorinnung, der Verein reisender Schausteller, der Gärtnerverein Moosach, der Deutsche Offiziersbund, Herr Ludendorff usw. an der Demonstration teilnahmen. Auch die Gugelmänner, die Signalraketen, der Präsentiermarsch und die „prächtigen Wackersberger mit geschulterter Büchse und Rucksack" machen tiefen Eindruck auf mich.

„Den letzten Kranz, der am Katafalk niedergelegt wird, widmet „ein kleiner Bayer", ein dreijähriger Bub." Ich leiste dir Abbitte, Bayernvolk, du mußt politisch wirklich sehr reif sein, wenn in deinem Land schon dreijährige Buben über die Frage Republik oder Monarchie urteilen können und offizielle Kranzspenden niederlegen lassen. Bei uns zu Hause, im roten Thüringen, bekleckern sie in dem Alter noch die ersten Höschen. Oder tut das dein kleiner Bayer auch, wenn er nicht gerade mit Fragen der Politik anderweitig beschäftigt ist?

„Im Anwesen des Landwirtes Josef Schmauß ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen."

Nur dort? — —

A. S.

Koalition auf Grund des Programms zum Wohl des Volkes arbeiten wird. (Beifall im Z.)

Abg. Dr. v. Krause (D. Vp.) (häufig durch Zwischenrufe der Kommunisten unterbrochen): Die jetzige Koalition ist eine Arbeitsgemeinschaft. An der Spitze der Arbeit der Parteien muß das Vaterland stehen. Der unserem Volke so eigentümliche Individualismus muß eingeschränkt werden. Aber auch der übertriebene Parteiegoismus muß zurückgedrängt werden. Eine Lösung, die allen Parteien gefällt, war nicht zu erreichen. Eine Lösung auf einer Basis ganz links oder ganz rechts mußte verhindert werden. Ein festes Programm fehlt allerdings der Regierung. Das läßt sich im gegenwärtigen Augenblick auch nicht aufstellen. Die Richtlinien verschaffen aber eine Grundstimmung, die der Regierung das Arbeiten ermöglicht. Wir werden sehen, wie die Arbeit des Ministeriums sich gestaltet. Wird sie richtig angepackt, kann die Koalition den inneren Frieden herbeiführen. Gut wäre es, wenn der Etat in kürzester Zeit zum Abschluß gebracht würde. (Beifall rechts. — Lärm links.)

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.): Die Richtlinien des neuen Kabinetts finden also den Beifall der Kapitalisten, und denselben Richtlinien geben nun auch die Rechtssozialisten ihren Segen. Das ist charakteristisch für die rechtssozialistische Partei. Sehen wir uns das neue Kabinett an, dann finden wir neben Severing, dem Kappistenverfolger, den Kappist Dr. Richter. Wir erinnern uns noch an die Reden Hänischs gegen die Schutzreaktionäre wie Wölitz, und heute finden wir Herrn Wölitz auf der Ministerbank neben den Rechtssozialisten! Die Koalition muß scheitern, wenn die Rechtssozialisten nicht zu Verrätern an den Arbeitern werden wollen. Der Vertreter der Zentrums wünschte eine kräftigere Regierung für Ruhe und Ordnung. Die Arbeiter wissen, was darunter zu verstehen ist.

Die Aussprache wird nunmehr abgebrochen.

Die neuen Besoldungsvorlagen

für unmittelbare Staatsbeamte, Lehrer, Gewerbe- und Handelslehrer werden an den Beamtenausschuß überwiesen. An den Hauptausschuß geht ein Entwurf, der für die Stromerzeugung im oberen Quellgebiet der Weser Staatsmittel anfordert.

Präsident Leinert schlägt dem Hause vor, die Fortsetzung der Aussprache als einzigen Punkt auf die Tagesordnung für die morgige Sitzung zu setzen.

Abg. Meyer (Komm.) wünscht, daß auch verschiedene kleine Anfragen, die von der früheren Regierung monatelang unbeantwortet gelassen worden seien, auf die Tagesordnung gesetzt werden. Ferner wünscht er eine sofortige Erledigung einer kleinen Anfrage über die Freilassung der angeblichen Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato.

Von der Staatsregierung ging inzwischen die Erklärung ein, daß eine Beantwortung der kleinen Anfragen nicht zugesagt werden könne. Das Staatsministerium müsse erst Beschluß darüber fassen. Der Antrag der Kommunisten wird daraufhin abgelehnt. — Freitag 11 Uhr: Fortsetzung der Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten. Schluß 5 Uhr.

Reichskanzler und Reparationskommission.

Am Nachmittag empfing der Reichskanzler in Anwesenheit von Vertretern der beteiligten Reichsressorts die in Berlin eingetroffene Reparationskommission, die von ihrem Präsidenten Dubois geführt wurde. In der Aussprache, die lediglich einleitenden Charakter trug, gab der Reichskanzler einen kurzen Ueberblick über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands, wobei er die in einem Teil der Auslandspresse vertretene Auffassung zurückwies, daß die deutsche Regierung den Zusammenbruch der Mark absichtlich fördere. Ueber den Gang der weiteren Verhandlungen und ihre voraussichtliche Dauer können vorläufig Mitteilungen nicht gemacht werden.

Das Ende der Ausnahmejustiz.

Der „Deutsche Reichsanzeiger" veröffentlicht soeben eine Verordnung vom 5. November über die Beendigung der Tätigkeit der außerordentlichen Gerichte und Anklagebehörden, die gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 und den in Verfolg dieser Verordnung erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 30. Mai und 8. Juni 1920 eingesetzt sind.

Die Tätigkeit der außerordentlichen Gerichte endet mit Ablauf des 15. November 1921. Hauptverhandlungen, welche bereits begonnen sind, aber bis zum Ablauf des 15. November 1921 nicht abgeschlossen werden können, werden noch zu Ende geführt. Die Tätigkeit der bei den außerordentlichen Gerichten gebildeten Anklagebehörden endet mit dem Ablauf des 15. Dezember 1921, die Tätigkeit des dem Reichswehrministerium zugeteilten Leiters dieser Behörden mit dem Ablauf des 31. Dezember 1921.

Verfahren, welche bis zu den oben bezeichneten Zeitpunkten nicht endgültig beendet worden sind, gehen nach Maßgabe der Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Reichsstrafprozeßordnung über die sachliche Zuständigkeit der Gerichte und über den Gerichtsstand an die ordentlichen Gerichte über.

Das Präsidium des badischen Landtages.

Karlsruhe, 10. November. (TU.) Der Landtag wählte in seiner gestrigen Sitzung mit 79 von 85 abgegebenen Stimmen den Zentrumsabgeordneten Ministerialrat Wittemann zum Präsidenten, den sozialdemokratischen Abgeordneten Emil Vater-Heidelberg zum ersten Vizepräsidenten und den Führer des badischen Landbundes, Abgeordneten Landwirt Gebhard-Eppingen, zum zweiten Vizepräsidenten. Die Kommunisten und Unabhängigen gaben weiße Zettel ab.

Erhöhung der Gütertarife.

Im ordentlichen Haushalt der Reichsbahnen für 1921 war der Fehlbetrag auf 6,6 Milliarden berechnet. Inzwischen hatten sich die Ausgaben infolge der Gehaltserhöhungen im August und Oktober und infolge der starken Steigerung der Materialpreise um 10,5 Milliarden erhöht. Diesen Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen in Höhe von 2,7 Milliarden aus der Erhöhung der Gütertarife zum 1. November und der zum 1. Dezember bevorstehenden Erhöhung der Personentarife gegenüber. Der voraussichtliche Fehlbetrag würde sich damit um 7,8 Milliarden oder von 6,5 auf 14,3 Milliarden erhöhen. Der Reichsverkehrsminister hat demgegenüber eine weitere Tariferhöhung im Güter- und Personenverkehr um je 50 Proz. in Aussicht nehmen müssen. Es ist dabei berücksichtigt, hinsichtlich der Gütertarife eine organische Durchbildung vorzunehmen, wobei eine weitere Staffelung der Tarife zugunsten der für den Bezug ihrer Bedarfsartikel und den Absatz ihrer Erzeugnisse ungünstig gelegenen Gegenden, namentlich Ostpreußen, vorgesehen ist. Die Vorschläge für diese Umbildung der Gütertarife werden dem Vorläufigen Reichseisenbahnrat vorgelegt werden. Die Vorarbeiten sind so weit gefördert, daß die neu durchgearbeiteten Gütertarife zum 1. Februar 1922 eingeführt werden können. Auch im Personenverkehr wird die Tariferhöhung vor diesem Zeitpunkt aus technischen Gründen nicht durchgeführt werden können.

Die Monate Februar und März des laufenden Haushaltsjahres würden durch diese Tariferhöhung Mehreinnahmen von zwei Milliarden erwarten lassen, so daß noch ein Fehlbetrag von 12,3 Milliarden übrig bliebe. Infolgedessen sieht sich der Reichsverkehrsminister genötigt, für den Güterverkehr bereits vom 1. Dezember 1921 ab den Zuschlag von 50 Proz. durch rein rechnerische Erhöhung der Tarife eintreten zu lassen.

Ein verhängnisvoller Irrtum.

In der „Freiheit" nimmt Georg Ledebour zu unserer kurzen Notiz in Nr. 529 „Welche Tendenz hat in Paris gesiegt?" ausgiebig Stellung. Er widerspricht der von uns vertretenen Auffassung, daß die vom französischen Parteitag einstimmig angenommene Resolution — deren Kompromißcharakter er übrigens bestätigt — in der Sache der Richtung Renaudel-Grumbach weit mehr entgegenkommt, als der von ihm, Longuet und dem ganzen Exekutivkomitee der Wiener Arbeitsgemeinschaft auf der Londoner Annäherungskonferenz verfochtenen These, wonach man nur eine „allumfassende" und keine „halbierte" Internationale wiederaufbauen dürfe. Ledebour bestätigt ausdrücklich, daß er in der Tat gegen die Bildung einer neuen Internationale war und ist, die nicht auch die Kommunisten einschließt. Wir halten die bereits hier ausgesprochene Ansicht aufrecht, daß die Mehrheit des französischen Parteitages über diesen Punkt anders dachte als Ledebour, aber wir müssen zugeben, daß es allen Anschein hat, als ob dem klaren Willen dieser französischen Mehrheit nicht Rechnung getragen werden wird. Denn Ledebour teilt anschließend mit, daß er an das Sekretariat der Wiener Arbeitsgemeinschaft, also an Friedrich Adler, bereits den Entwurf einer Einladung an die Zweite und an die Dritte Internationale zu einer Konferenz gesandt hat, deren Zweck lediglich die Herbeiführung einer Verständigung über gemeinsame Aktionen (also nicht einer Verständigung schlechthin, einer wirklichen Einigung) sein soll. Das rasche und spontane Vorgehen, der mitteleuropäischen Arbeiterorganisationen in den Tagen des Karl-Putsches beweist, daß eine besondere Konferenz zu diesem beschränkten Zweck ganz überflüssig ist. Im übrigen hat die Leitung der USP. seit der Erzberger-Demonstration und noch am Revolutionsgedenktag mit einer erfreulichen Konsequenz gezeigt, daß sie auf gemeinsame Aktionen mit den kommunistischen Wirrköpfen und Quertreibern keinen Wert legt. Wir glauben daher nicht, daß der Standpunkt Ledebours der Ansicht der Mehrheit seiner eigenen Partei entspricht.

Es würde insbesondere wertvoll sein, zu erfahren, ob Ledebour die Zustimmung seiner Parteigenossen findet, wenn er schließlich schreibt:

„Diese Vorkämpferaufgaben erfüllen wir am sichersten dadurch, daß wir unsere volle Selbständigkeit bis zum Zusammenschluß aller bewahren. Ein französischer Genosse machte in Paris die treffende Bemerkung: „Die ersehnte Einigung wird viel leichter aus einem dreigeteilten als aus einem zweigeteilten Proletariat erwachsen!"

Wir betrachten diese Behauptung nicht als „treffend", sondern geradezu als wahnwitzig! Die logische Schlußfolgerung, die man daraus ziehen müßte, wäre, daß ein in vier Teilen gespaltenes Proletariat sich leichter wieder vereinigen ließe, als ein dreigeteiltes, ja, daß je mehr Splitterparteien, desto leichter die Einigung!

Mit solchen paradoxen Witzen darf man ein so ernstes Problem wie das der Wiedervereinigung des internationalen Proletariats nicht abtun. Wer, wie Ledebour, solche „Argumente" als treffend bezeichnet und überhaupt an der Auffassung festhält, daß keine internationale Verschmelzung ohne die Zustimmung Moskaus erfolgen darf, der muß sich schon den Vorwurf der Verschleppungspolitik gefallen lassen.

Am besten ist diese Verschleppungspolitik auf dem Pariser Kongreß durch den Abgeordneten Gen. Leon Blum gekennzeichnet worden, als er mit einer deutlichen und geistreichen Spitze gegen die Richtung Longuet-Ledebour sagte, man dürfe die Wiedervereinigung der Internationale nicht bis zu den „calendes russes" verschieben. Auf deutsch: „bis zum Sankt Leninstag". So liegt in der Tat das ganze Problem.

Ein Gestellter.

Der unabhängige Reichstagsabgeordnete Dr. Rud. Breitscheid schreibt uns:

Es häufen sich in letzter Zeit die Andeutungen, daß meine Partei und insbesondere ich persönlich von der Entente gekauft seien. In vertrauteren Kreisen werden sogar Summen genannt und wird gleichzeitig der Weg bezeichnet, auf dem diese Beträge zu mir gelangen.

Es ist schwer, die Verleumder zu fassen, da sie sich natürlich hüten, offen mit der Sprache herauszukommen. Immerhin hat einer von ihnen, der ehemalige Sozialdemokrat Emil Kloth, in den letzten Tagen sich in Artikeln, die in der „Täglichen Rundschau" und vor allem in dem zu Essen erscheinenden „Freien Wort" stehen, weiter vorgewagt, und obwohl er auch da noch versucht, sich eine Rückzugslinie offen zu halten, habe ich gegen ihn die gerichtliche Klage eingeleitet.

Die englische Thronrede.

Anerkennung des guten Willens Deutschlands.

London, 10. November. In der Thronrede, die bei der heutigen Vertagung des Parlaments verlesen wurde, heißt es, die deutsche Regierung habe befriedigende Fortschritte gemacht in der Ausführung der ihr durch den Versailler Vertrag auferlegten finanziellen und Entwaffnungsverpflichtungen. Auf der Reichskonferenz hätten die Premierminister sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß die Stärke des britischen Weltreiches zur See der jeder anderen Macht gleich sein sollte.

Deutschösterreichs Revolutionstag.

Wien, 10. Novbr. (WTB.) Die „Arbeiterzeitung" veröffentlicht eine Entschließung, die der Vorstand der sozialdemokratischen Partei den Volksversammlungen aus Anlaß des Gründungstages der Republik Deutschösterreich am 12. November vorschlägt. Darin heißt es: Am dritten Jahrestag der Gründung der Republik erneuert das Proletariat feierlich den Schwur unverbrüchlicher Treue und erklärt, daß kein Verbot militärisch und politisch noch so starker Faktoren imstande ist, es vom Festhalten an dem damals gleichzeitig aufgestellten Ziele des Anschlusses an Deutschland abzubringen.

Der Proteststreik in Rom.

Eine römische Wolffmeldung, die offenbar eine Regierungsnachricht übermittelt, sagt:

Infolge des Generalstreiks verkehren keine Straßenbahnen und Droschken, auch sind keine Morgenblätter erschienen, doch sind die Läden fast alle geöffnet. Der Post- und Telegraphenverkehr ist nicht gestört. Zahlreiche Eisenbahner sind gegen den Streik und meldeten sich heute früh zur Arbeit. Die Züge nach Neapel, Pisa und Florenz konnten abfahren. Mehrere tausend Faseisten kamen mit der Eisenbahn aus Toscana und anderen Gegenden an und marschierten durch die Stadt, ohne daß Zwischenfälle vorkamen.

Briand gegen Reparationsdebatte in Washington.

Paris, 10. November. (WTB.) Pertinax meldet im „Echo de Paris" aus Washington, Ministerpräsident Briand hoffe, vor der Eröffnung der Konferenz Staatssekretär Hughes die Grundsätze erläutern zu können, die ihn leiten. Frankreich denke nicht daran, die Ratifizierung des von Wilson unterzeichneten Schutzvertrages (des geplanten Defensivbündnisses zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten. Red.) zu verlangen, weil es von den Amerikanern keine Maßnahmen wünsche, die ihren Traditionen und ihren augenblicklichen Tendenzen widersprächen. Der Washingtoner Wortführer Frankreichs habe eine Diskussion über die Beschränkung der kontinentalen Rüstungen nicht zu fürchten, aber es sei nicht zulässig, daß die Debatte sich auf das Reparationsproblem und die damit im Zusammenhang stehenden Fragen ausdehne. Die Debatte dürfe nicht aus dem offiziell festgestellten Rahmen heraustreten. Wenn es zweckmäßig erscheine, eine Prüfung der finanziellen und der wirtschaftlichen Angelegenheiten zu unternehmen, so scheine Paris viel eher als Verhandlungsort geeignet zu sein als Washington.

Wovon wir nichts merken.

London, 9. November. (WTB.) Auf dem Guildhall-Bankett wies Lord Curzon in einem Trinkspruch auf das diplomatische Korps auf das zunehmende internationale Verstehen und Zusammenwirken hin, wie es das Werk des Völkerbundes und die Konferenz in Washington zeige, und erklärte, ein geschlossenes internationales Vorgehen sei das einzige Heilmittel gegen die Uebel, unter denen die Welt leide.

Der Reichsrat nahm gestern das Arbeitsnachweisgesetz an, das die einheitliche Einrichtung von örtlichen Arbeitsnachweisen und Landesämtern für Arbeitsvermittlung unter dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung bezweckt und anstrebt, in diesen behördlichen Stellen in Zukunft auch die ganze bisherige öffentliche und private Arbeitsstellenvermittlung zusammenzufassen.

Eine gewaltige Kundgebung der Arbeiterschaft fand gestern in München unter Beteiligung von 70 000 bis 80 000 Personen statt. Die Parole der Feier war das Motto: „Nie wieder Krieg!" Die Kundgebung war eine gewaltige Demonstration gegen die nationalistischen Provokationen der letzten Zeit.

Mördergeld. Die oberösterreichische Landgemeinde Aurolzmünster an der bayerischen Grenze hat Geldscheine mit dem Konterfei des Eisnermörders Graf Arco-Valley ausgegeben.

Spionageverdacht gegen einen französischen Offizier. In Besançon wurde der Rittmeister Proust vor etwa zehn Tagen unter der Beschuldigung verhaftet, vor dem Kriege Spionage für Deutschland getrieben zu haben. Er habe mit einem deutschen Agenten in der Schweiz in Verbindung gestanden. Ein von den Deutschen in Belgien zurückgelassenes Papier habe die Angelegenheit aufgedeckt.

Zur Aufklärung! Genosse Robert Breuer schreibt uns: Einige bürgerliche Blätter möchten unterrichtet sein über das, was ich durch meine Ansprache bei der Revolutionsfeier auf dem Wittenbergplatz zum Ausdruck gebracht habe. Es wird genügen, darauf hinzuweisen, daß der Bericht des „Vorwärts", soweit er meine Ausführungen wiedergab, von mir selbst verfaßt worden ist.

Anatole France als Nobelpreisträger. Die schwedische Akademie hat beschlossen, Anatole France den diesjährigen Nobelpreis für Literatur zu verleihen. Der große Künstler, der feine Ironiker, der sozialistische und pazifistische Kämpfer besteht auch ohne diese Ehrung; aber einen Würdigeren hätten sie nicht treffen können!

Dostojewski-Literatur. Den großen russischen Schriftsteller lernten wir in Deutschland zuerst durch die Reklamausgabe des Raskolnikoff kennen. Neben Zola und Jöken war dies Buch in den Keimjahren des Naturalismus das maßgebende Werk. Reclam hat dann auch weiter für Dostojewskis Popularisierung gesorgt, die „Memoiren aus einem Totenhaus" sowie kleine Erzählungen erschienen bei ihm. Der Raskolnikoff behauptete auch in späterer Zeit seinen Vorrang (zahlreiche Ausgaben u. a. bei J. C. Bruns, Hesse u. Becker, im Inselverlag, der auch in der billigen Inselbücherei den grandiosen „Großinquisitor" brachte). In der billigen Sammlung Janke waren auch andere Erzählungen (Weiße Nächte, Der Spieler, Der Doppelgänger). Den zweiten großen Roman: Der Idiot übersetzte mustergültig Aug. Scholz (Verlag Bruno Cassirer). Eine großangelegte, würdige Gesamtausgabe Dostojewskis unternahm unter der Mitarbeiterschaft von Mereschkowski und Möller van den Bruck in 25 Bänden der Münchener Verlag von R. Piper u. Co. Sie enthält nicht nur die erzählenden Werke (vor allem die fünf großen Romane: Raskolnikoff, Der Idiot, Die Dämonen, Der Jüngling, Die Brüder Karamasoff), sondern auch die autobiographischen, literarischen und politischen Schriften, die erst ein Gesamtbild des Denkers und Publizisten geben. Drei Bände, die die kriminalistischen Schriften enthalten, stehen noch aus. Auf die Uebersetzung, die sonst bei russischen Autoren oft manches zu wünschen läßt, ist größte Sorgfalt verwendet; Einleitung und Vorreden vermitteln alles literarhistorisch und menschlich Wichtige. Dostojewski hat damit die Klassikerausgabe in Deutschland erhalten, die seiner Bedeutung entspricht.

Dostojewskis Briefe liegen in einer deutschen Uebersetzung von A. Eliasberg vor (ebenfalls Verlag R. Piper). Eine Biographie, die viel Persönliches und Familiäres bietet, verdanken wir seiner Tochter: „Dostojewski, geschildert von seiner Tochter" (Verlag E. Reinhardt, München).

Für Dr. Adolf Heilborn, den mutigen Verteidiger Haeckels gegen seinen Nachfolger Prof. Plate, erklärt eine Gruppe Haeckelschüler, Gelehrten und Künstlern eine Sympathieerklärung. Sie fordert gleichzeitig, da das befremdende Weimarer Urteil gegen ihn rechtskräftig geworden ist, zu einer Ehrengabe für ihn auf. Spenden sind an Justizrat Dr. G. Lotze, Jena, Markt 19, zu richten.

Museumsführungen durch Direktorialbeamte finden am Sonntag (13. 11.), 9½ Uhr, im Kaiser-Friedrich-Museum (Vorderasiatische Abteilung und Italienische Gemälde) und im Alten Museum (Antike Bildwerke) statt.

Ludwig Hardt spricht in der Berliner Sezession. Sonnabend: Prosa von Heine, R. D. Hebel, Daudet, Bang, Franz Kafka, Verse von Claudius; Sonntag: Heitere Idyllen, Märchen und Grotesken.

Wiederaufnahme der deutschen Meeresforschung. Der Reichsforschungsdampfer „Poseydon" hat im Auftrage der deutschen wissenschaftlichen Kommission eine 14tägige Forschungsfahrt bis in das innere Skagerrak und die nördliche Nordsee ausgeführt. Sie war der Untersuchung der Gasverhältnisse des Meereswassers von der Oberfläche bis zum Boden gewidmet.

Gewerkschaftsbewegung

Betriebsräte und Gewerkschaften.

Die Vernunft siegt!

Die Aufgaben der Betriebsräte sind durch das Betriebsrätegesetz festgelegt und umgrenzt. Bei aller kritischen Stellungnahme zu diesem Gesetz bleibt die Tatsache, daß den Betriebsräten ein solch großer Aufgabenkreis gegeben ist, daß noch recht viele Schulung dazu gehört, um innerhalb dieses Kreises in den einzelnen Betrieben, den Großbetrieben zumal, die Posten gehörig auszufüllen und im Interesse der Belegschaften zu wirken. Denn große Worte tun es nicht, auch wenn sie noch so radikal klingen. Die nötige Kenntnis der Dinge ist dabei unerläßlich. Die Berliner Gewerkschaften haben daher auch alle möglichen Gelegenheiten geboten, um den Betriebsräten diese Kenntnis zu vermitteln.

Soviel aber müssen die Betriebsratsmitglieder gleich jedem einzelnen Arbeiter und jeder Arbeiterin wissen, daß nicht die Betriebsräte sondern **die Gewerkschaften** mit der Wahrnehmung der Lohninteressen der Arbeiterschaft betraut sind, und zwar die freien Gewerkschaften, nicht gelbe, syndikalistische oder sonstige Vereinigungen. Betriebsräte und Gewerkschaften sollen sich ergänzen. Bis jetzt stehen die Gewerkschaften immer noch über den Betriebsräten. Sie vertreten nicht die Interessen der einzelnen Betriebsbelegschaften, sondern die der Gesamtheit der Arbeiter und Hilfsarbeiter der einzelnen Berufs- oder Industriegruppen. Ihre Sache ist es, die Lohnforderungen zu formulieren, darüber zu verhandeln, die Tarifverträge abzuschließen und sonstige Vereinbarungen allgemeiner Natur zu treffen. Das ist so selbstverständlich wie nur irgend etwas. Doch angesichts des Verhaltens der Betriebsräte in den Betrieben der Stadtgemeinde Berlin ist es notwendig, die Begriffsverwirrung zu entwirren durch Klarstellung der Sachlage.

Vor uns liegt z. B. die Entschließung einer Betriebsversammlung des Straßenbahnhofs 17 vom 7. November. „Es wird ersucht, die Resolution ungekürzt zu bringen." (Wollten wir all die Entschließungen, die von den einzelnen Betriebsräten gefaßt werden, veröffentlichen, gar ungekürzt, reichte der Raum des „Vorwärts" nicht aus. Entschließungen, die die Lohnfragen oder sonstige rein gewerkschaftliche Angelegenheiten berühren, sind den zuständigen Gewerkschaften zu unterbreiten.) In dieser Resolution heißt es nun:

„Wir erheben den schärfsten Protest gegen alle Gewerkschaften und deren Taktik, denn bis jetzt haben die Gewerkschaften noch keine positive Arbeit gegen die Ausbeutung der Arbeiterschaft geleistet. Wir rufen Euch, die Ihr im Sessel wohlgenährt sitzt, in letzter Stunde zu: „Wollt Ihr der Arbeiterschaft auch nur das nackte Leben erhalten, so nehmt den Kampf gegen den Wucher auf mit Taten und nicht mit leeren Worten. Geht Ihr nun auch noch diesem Kampf aus dem Wege, so sind wir und auch Ihr verloren. . ."

Hält man auch der Erregung manches zugute, bleibt sie doch ein schlechter Berater. Nur mit und durch die Gewerkschaften kann das Erreichbare erreicht werden, nicht aber ohne sie oder gar gegen sie.

*

Gestern nachmittag waren **die Obmänner der städtischen Betriebe** im Gewerkschaftshaus zusammengekommen, um aus ihrem Streikultimatum die Schlußfolgerungen zu ziehen, nachdem es selbst dann, wenn es materiell ohne weiteres zu erfüllen wäre, formell unmöglich erfüllt werden konnte. Liedloff schilderte die Sachlage. In sehr langer und zeitweilig erregter Aussprache wurden vernünftige Stimmen laut, die sich gegen ein übereiltes Vorgehen wandten, während die radikalen Stimmen den Streikbeschluß durchgeführt wissen wollten und dies durch Beschimpfungen gegen die Gewerkschaftsvertreter und das Lohnkartell zu motivieren suchten. Die Kollegen müßten entweder den Parolen der Betriebsräte folgen oder denen der Gewerkschaften. Es komme nur darauf an, wo die Mehrheit ist. (Zuruf: Bei den Gewerkschaften!) Die Gewerkschaften würden den Streik als einen wilden Streik betrachten, und von anderer Seite würde der Vorwurf des Tarifbruches erhoben. Der Streikbeschluß dürfe aber kein Stück Papier bleiben. (Er wäre besser Papier geblieben.)

Das **Lohnkartell** für die Gemeindebetriebe hatte ebenfalls beraten, und seine Vertreter, **Polenske und Orthmann**, waren auf dem Wege zur Obmännerversammlung, die sich bis zu deren Kommen vertagte.

Polenske gab dann die bereits in der Abendausgabe des „Vorwärts" veröffentlichte Erklärung des Lohnkartells ab. Orthmann erklärte, daß er als Vertreter des Transportarbeiterverbandes nur mit freigewerkschaftlich organisierten Vertretern verhandeln könne. Die Versammlung endete mit dem Beschluß, das Lohnkartell zu ersuchen, bis spätestens nächsten Dienstag eine Funktionärversammlung zu berufen, die weitere Beschlüsse fassen soll.

Die Prokura für den Streikbrecher.

Die Firma Windler, Chirurgiemechanik, Friedrichstraße, beschäftigt u. a. zwei Herren, welche nahezu 35 Jahre und darüber bei ihr tätig sind. Im Jahre 1909 erhielten diese zwei Angestellten Handelsvollmacht. Diese Würde verpflichtete die Beglückten, die Post zu unterschreiben, wenn die beiden Inhaber der Firma dem Geschäft fernbleiben mußten, wenn sie zur Jagd gefahren oder sonst verhindert waren. An dem letzten Streik beteiligten sich auch die beiden Angestellten. Die Strafe für dieses solidarische Verhalten war, daß ein Streikbrecher zum Prokuristen ernannt und den beiden Handelsbevollmächtigten die Vollmacht entzogen wurde. Die in Ungnade gefallenen Angestellten erfuhren von der Entziehung ihrer Handelsvollmacht erst durch ein allgemeines Rundschreiben. Das Verhalten der Firma paßt gut zu dem früheren Hoflieferantentitel, der heute noch stolz an den Firmenschildern prangt.

Erwerbslose Mitglieder des ZdA.!

Der Zentralverband der Angestellten (Ortsgruppe Berlin) hat beschlossen, den Kindern der erwerbslosen Verbandsmitglieder zum Fest der Wintersonnenwende eine besondere Zuwendung zu machen. Falls die eingeleitete Sammlung einen ausreichenden Ertrag ergibt, sollen auch die Arbeitslosen ohne Kinder bedacht werden. Alle stellungslosen Mitglieder haben sich zu diesem Zweck während der Geschäftsstunden in der Unterstützungskasse anzumelden. Die Meldung kann auch bei der Auszahlung der nächsten Erwerbslosenunterstützung im Bureau erfolgen. Berücksichtigt werden können nur Verbandsmitglieder, welche am 1. November oder später stellungslos und im Städtischen Arbeitsnachweis eingetragen waren. Zur Anmeldung sind erforderlich: das Mitgliedsbuch, die Kontrollkarte vom Arbeitsnachweis und Geburtsschein der Kinder oder Familienstammbuch. Die Meldung muß bis zum 2. Dezember im Verbandsbureau vollzogen werden. Spätere Anmeldungen können nur berücksichtigt werden, wenn die Arbeitslosigkeit nach diesem Termin eingetreten ist. Als letzter Anmeldetermin gilt der 10. Dezember.

SPD.-Metallarbeiter!

Sonntag vormittag 9½ Uhr in den Sophiensälen, Sophienstraße 17/18, großer Saal, Versammlung mit der Tagesordnung: „Unsere Aufgaben nach Jena und unsere Stellung in der Berliner Verwaltung". Referent: Kollege W. Siering. Mitgliedsbuch des Verbandes und der Partei legitimiert.

Der Fraktionsvorstand.

Protest der unteren Beamten.

Die Angehörigen der Besoldungsgruppen 1—7 waren gestern abend in der „Neuen Welt" und in einer Parallelversammlung in Kliems Festsälen zusammen, um zur Neuregelung ihrer Gehaltssätze Stellung zu nehmen. Falkenberg vom Deutschen Beamtenbund referierte. Beschlossen wurde, gegen die Zurücksetzung der Besoldungsgruppen 1—7 zu protestieren und eine soziale und gerechtere Neuregelung zu fordern.

Streik in der Reichsversicherungsanstalt.

In der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte haben die Angestellten gestern nachmittag mit 2744 Stimmen, von 2963 Stimmen, beschlossen, sofort in den Streik einzutreten. Bei dem Warten auf die seit 1¼ Jahren vom Direktorium und Verwaltungsrat beschlossene Eingruppierung in die Reichsbesoldungsordnung vom 30. April 1920 riß ihnen endlich der Geduldsfaden. Bei allen anderen Behörden ist die Eingruppierung durchgeführt. Den übrigen Beamten des Reiches wurden bereits Aufbesserungen auf Grund der letzten Vorlage gegeben, während die Beamten der RfA. seit 1¼ Jahre auf die Bezüge der RBO. vom 30. April 1920 warten.

Auch die Beamtenschaft muß ja zur Erkenntnis kommen, daß nur durch festen Zusammenschluß auf gewerkschaftlicher Grundlage ihren Interessen die nötige Beachtung gesichert werden kann.

Wer treibt Zersplitterung?

Das Rote Fähnchen der kommunistischen Partei, unter derem Schutzpatronat der „Verband der Hand- und Kopfarbeiter" steht, bezeichnet die Drohung der städtischen Betriebsräte, diese Art Organisation gegen die Gewerkschaften auszuspielen, als einen „im Interesse der proletarischen Einheitsfront hocherfreulichen Beschluß" und vermerkt es uns sehr übel, daß wir dieses Spiel als unüberlegt bezeichneten. Damit beweise der „Vorwärts" aufs neue, daß er ein großes Interesse an der Zersplitterung der Arbeiterschaft habe. Demnach war die Gründung dieser Sondervereinigung keine Zersplitterung, sondern ein Schritt auf dem Wege der proletarischen Einheitsfront, wie man sie im kommunistischen Lager versteht. Auf dem gleichen Wege zur Einheitsfront liegt wohl auch die systematische Propaganda in der „Roten Fahne" gegen jede Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge. In den Gewerkschaften besteht die Einheitsfront trotz aller kommunistischen Treibereien. Nichts bedroht diese Einheitsfront mehr als die kommunistische Maulwurfsarbeit, die sich auch in der Lohnbewegung der städtischen Arbeiter wieder als gemeinschädlich erweist. Die Methode, beim Erwischen auf frischer Tat davonzulaufen und zu schreien: „Haltet den Dieb", ist etwas veraltet. Es hilft den kommunistischen Zersplitterern nichts, wenn sie „proletarische Einheitsfront" rufen, zu deren Schaffung in ihrem Sinne sie auch den letzten Rest der bestehenden proletarischen Einheitsfront in Atome zersplittern müssen. Die „Rote Fahne" muß daher schon gestatten, daß der „Vorwärts" solche Organisationsgebilde wie den „Hand- und Kopfarbeiterverband" als gewerkschaftliche Organisation nicht gelten lassen kann und ihn als ein sichtbares Zeichen der Zersplitterung einschätzt.

In der finnischen Metallindustrie droht eine Aussperrung. Ab 3. Dezember sollen die Arbeitnehmer aller Betriebe des Arbeitgeberverbandes, 7000 an der Zahl, ausgesperrt werden, falls sie nicht verzichten auf die Wiedereinstellung der seit März bei einer Firma Streikenden und auf die Entlassung der Streikbrecher.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Heute nachmittag 5 Uhr bei Poeker, Weberstr. 17, Versammlung der Etuis- und Kartonnagenbranche.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe Gemeindebehörden. Zu der Funktionärversammlung heute abend 7 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße, sind auch die Betriebsräte eingeladen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Turn- und Sportverein „Fichte". Sonntag, den 13. November, Generalversammlung des Vereins in der Aula, Weinmeisterstr. 16—17, pünktlich 9 Uhr morgens. — **Internationaler Bund der Kriegsopfer.** 14. Verwaltungsbezirk. Freitag, den 11. d. M., abends 7 Uhr, Generalversammlung in der Aula des Kaiser-Friedrich-Gymnasiums. Ortsgruppe N. 9. Oeffentliche Versammlung am Montag, den 14. d. M., abends 7 Uhr, in Kellers Festsälen, Bergstr. 69. Ref. Gen. Tiedt und Mothes.

Sport.

Rennen zu Mariendorf, Donnerstag, den 10. November. 1. Rennen. 1. Silverius (G. Jauß), 2. Ethelbert (Weiß), 3. Juliana (Ferch). Tot: 44 : 10, Platz: 16, 14, 23 : 10. Ferner liefen: Hildebrandt (4.), Ypsilanti, Dr. Reserves, Görz, Fragenicht, Pontresina, Pikantine, Verdun, Cavatine. — 2. Rennen. 1. Clärchen M. (Wiesener), 2. Hartstein (Steinnagel), M. P. (Hartfeil). Tot.: 486 : 10, Platz: 69, 26, 65 : 10. Ferner liefen: Schmetterling (4.), Ostermagda, Edelweiß I, Longobarde, Jalus I, Adler, Long Paulinchen, Heidemann. — 3. Rennen. 1. Guy Baron (Händlmeier), 2. Erdschleicher (Irmer), 3. Feuerball (Unterreiter). Tot.: 100 : 10, Platz: 25, 25, 16 : 10. Ferner liefen: Dr. Breyboury (4.), Küchenmädchen, Hindenburg II, Tip Kuser, Mars III, Basalt, Brünhilde III, Allertoni, Flieger I, Korsar, Singen fr., Christel W. — 4. Rennen. 1. Abt. 1. Mitrowica (Preußler), 2. Laver (Rösler), 3. Madison (Doelemann). Tot.: 63 : 10, Platz: 23, 55, 22 : 10. Ferner liefen: Karl Kuser (4.), Dardanella (disqu.), Dr. Gugg, Mokassine, Maurice, Klara I, Diomedes, Pupille, Jockele. — 2. Abt. 1. Hilda 2. (Weidmüller), 2. Trautenschön (G. Mills), 3. Prekuln (G. Neuenfeld). Tot.: 29 : 10, Platz: 15, 16, 17 : 10. Ferner liefen: Nil (4.), Dünaburg, Lucille Frisco, Voltslied, Young Condilet, Nora, Colonel Dillon, Pikantrite, Erich I, Schlips. — 5. Rennen. 1. Lady Marion II (Meinke), 2. Cleo Kuser (Kaupper), 3. Muckerl (Geenens). Tot.: 81 : 10, Platz: 21, 31, 16 : 10. Ferner liefen: Tootsie Thise (4.), Prachtmädel, Belt, Donna Todd, Black Jim fr., Constantin the Great, Dornröschen II, Mitu Toots, Arena I, Shady Reaper. — 6. Rennen. 1. Kurel (Steinnagel), 2. Glücksmädel (G. Neuenfeld), 3. Heiderose B. (Lichtenfeld). Tot.: 119 : 10, Platz 27, 15, 23 : 10. Ferner liefen: Kola River (4.), Sybill, Grane, Agt. — 7. Rennen. 1. Monarchist (Knöpnadel), 2. Crocus (Herm. Schleusener), 3. Trauereiche (Kaupper jr.). Tot.: 111 : 10, Platz: 23, 35, 14 : 10. Ferner liefen: Araber (4.), Nebel, Holsteinerin II, Altenmühlen, Karla, Durchbruch, Blumenmädchen W., Kusertrud. — 8. Rennen. 1. Matador I (E. Treuberg), 2. Maximum (Weidmüller), 3. Toni H. (Speer). Tot.: 36 : 10, Platz: 21, 20, 108 : 10. Ferner liefen: Nil (4.), Laßbecker, Endine, Melusine, Reipelt, Chelsealand, Vesuv, Walfisch, Dr. Attinger, Kriegsfreiwilliger, Glockner Silver, Fasner I, Josef.

Arbeitersport.

Ein Schauturnen seiner Knaben- und Mädchenabteilung veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportverein „Freiheit", Lichtenberg, am Sonntag, den 13. November d. J., in der oberen Turnhalle der Gemeindeschule Mühlischstr., Ecke Sonntagstraße, Eingang Böcklinstraße. Turnhallenöffnung 3 Uhr nachmittags; Beginn des Turnens 3.30 Uhr. Zur Deckung der Kosten wird ein Programm zum Preise von 50 Pf. in der Turnhalle ausgegeben.

Wirtschaft

Neue Richtpreise im Eisenwirtschaftsbund.

Nachdem schon am 19. Oktober von den Unternehmervertretern des EWB. unter dem Widerspruch sämtlicher Arbeitervertreter Richtpreise für Halbfabrikate verabredet worden waren, die nach guter schwerindustrieller Sitte über die Steigerung der Selbstkosten bei angemessenem Gewinn weit hinausgingen, haben sie bereits jetzt Preiserhöhungen beschlossen, deren Berechtigung angezweifelt werden muß. Die Preiserhöhungen sind recht erheblich und betragen rund 30—40 v. H., bei einzelnen Sorten noch mehr. Ueber die beiden letzten Preisfestsetzungen, die unter Ausschluß der Arbeitervertreter zustandekamen, unterrichtet folgende Uebersicht, die den Preis einer Tonne in Mark angibt:

	19. Oktbr.	10. Novbr.
Rohblöcke	2435	3300
Vorblöcke	2655	3600
Knüppel	2725	3700
Platinen	2790	3800
Formeisen	3190	4400
Fluß- und Stabeisen	3200	4500
Universaleisen	3500	4950
Bandeisen	3585	5000
Walzdraht	3500	4900
Grobbleche 5 mm stark u. darüber	3500	5100
„ 3—5 mm	4300	5900
Feinbleche 1—3 mm	4400	6150
„ unter 1 mm	4450	6300

Die Aufpreise für Siemens-Martin-Handelsgut wurden von 50 auf 300 M. je Tonne erhöht.

An den Preissteigerungen soll natürlich die schlechtere Valuta schuld sein. In der Tat ist die Eisen- und Stahlindustrie auf den Bezug ausländischer, namentlich schwedischer, Rohstoffe angewiesen. Aber dieselbe Industrie arbeitet auch in hohem Maße für den Export und sichert sich dadurch große Exportgewinne. Sie zur Senkung der Inlandpreise zu verwenden, wie es seit langem gefordert wurde, fällt der Schwerindustrie natürlich nicht ein. Die Verbraucher aber pflegen sich über diese Erhöhungen leicht hinwegzusetzen, weil sie Eisen meist nur in roh verarbeitetem Zustande kaufen. Sie übersehen dabei, welche ungeheuer wichtige Rolle die Eisenpreise für den Verkehr spielen, wie durch sie die Bahntarife und dadurch die Preise sämtlicher Waren in die Höhe getrieben werden.

Die Arbeitnehmer haben seit der Verschärfung der Lage am Eisenmarkt den Erlaß von gesetzlich bindenden Höchstpreisen gefordert, um das Emporschnellen der Eisenpreise zu verhindern. Sie mußten dabei die Feststellung machen, daß selbst die Organe der Reichseisenbahn, die doch selbst der größte Eisenverbraucher ist, keinen Wert auf diese Bestimmung legten! Jetzt wird die Forderung erneut dringend. Im Reichswirtschaftsministerium werden, wie wir hören, neue Untersuchungen über die Selbstkosten der Werke angestellt, deren Ergebnisse dann in einer Sitzung des Inlandsausschusses des EWB. Ende dieses oder Anfang nächsten Monats zur Beratung kommen dürften. Es ist dringend zu wünschen, daß mit der Einführung von Höchstpreisen Ernst gemacht wird, soll nicht auch auf diesem Gebiete die ohnehin unerträgliche Teuerung immer neuen Antrieb erhalten, während die Schwerindustrie profitiert.

Die erneute Verschlechterung des Markkurses, die an der gestrigen Berliner Börse verzeichnet wurde, war nicht so erheblich, daß die Höchstnotierung des letzten Dienstag erreicht wurde. Der Dollar erhöhte sich nach den amtlichen Notierungen um 20 auf 272,22 M. und entsprechend stiegen auch andere fremde Zahlungsmittel wie z. B.: 100 holländische Gulden von 8691,30 auf 9840,65, 1 Pfund Sterling von 981,50 auf 1068,90, 100 französische Franken von 1798,20 auf 2007,95 und 100 Schweizer Franken von 4690,80 auf 5194,80. Diese Verschlechterung erfolgte unter großen Schwankungen, erst gegen Ende der Börse verstärkte sich die Nachfrage derart, daß sie wieder nicht mehr voll Befriedigung finden konnte und dann Schweizer Franken zu 25 Proz. zugeteilt werden mußten. Jedenfalls ist am Dienstag durch die angekündigte Kontrolle und Besteuerung der Gewinne aus dem Devisenhandel die katastrophale Markentwertung, die den Dollar vom 1. bis zum 8. November von 180 auf 310 heraufschnellen ließ, angehalten und unterbrochen worden. Es wird viel davon abhängen, ob dieses Gesetz bald zur Durchführung gelangt und entschieden angewandt wird. Am Effektenmarkt machte nach anfänglicher Zurückhaltung sich wieder stärkere Nachfrage bemerkbar, so daß viele Kurserhöhungen erzielt wurden.

Die Zuckerversorgung. Im Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats äußerten sich Sachverständige über die Lage auf dem Zuckermarkt. Danach rührt die augenblickliche Knappheit auf dem Markte daher, daß die für den Oktober vorgesehene Zuckerration von den meisten Kommunalverbänden schon im August und September verteilt worden ist, der Zucker aus der neuen Ernte aber nicht sofort auf den Markt geliefert werden konnte. Die Gründe dafür sind nur zum geringen Teile in der durch die Trockenheit später als erwartet einsetzenden Ernte, hauptsächlich aber in Verkehrsschwierigkeiten (mangelnder Wagenstellung) zu suchen. Die Verkehrsschwierigkeiten sind durch den gleichfalls von der Trockenheit verursachten Ausfall der Wasserstraßen als Beförderungsmittel und schlechte Kohlenversorgung der Eisenbahn verursacht in einem Augenblick, wo auch die notwendigen Kartoffeltransporte die Eisenbahn stark belasten. Zu den geschilderten Verhältnissen wird der Ausschuß in einem Gutachten Stellung nehmen.

Der Barmer Bankverein verdoppelt sein Aktienkapital, das jetzt 400 Millionen Mark betragen wird. Von den neuen Aktien werden 100 Millionen „zur Abwehr der Ueberfremdungsgefahr" von der Verwaltungsgruppe übernommen. Nur 50 Millionen werden den Aktionären zu billigem Bezuge überlassen, weitere 50 Millionen neuer Aktien am freien Markt verwendet. Auch in dieser Kapitalerhöhung spiegelt sich der Kapitalbedarf der Banken, den steigende Umsätze, besonders im Spekulationsgeschäft, auch bei den Großbanken zu Erhöhungen des Betriebskapitals geführt haben.

Die erhöhte Ausfuhrabgabe an der Westgrenze. Wie der Wirtschaftsausschuß für das besetzte Gebiet mitteilt, hat die Interalliierte Rheinlandkommission den neuen Ausfuhr-Abgabetarif anerkannt. Die neue erhöhte Ausfuhrabgabe wird ab 10. November auch bei der Ausfuhr vom besetzten Gebiet ins Ausland erhoben.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

Stoffe für Herren- und Damen-Bekleidung
beste Fabr., gr. Auswahl, Verk. meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudtenstraße 20—21.

Pfeil-Spar-Glühkörper
Marke „Pfeil"
Man fordere ausdrücklich „Pfeil"-Spar-Glühkörper und achte auf die „Pfeil"-Schutzmarke

25% Gas-Ersparnis
Marke „Pfeil"

Der Fortgang des „Reigen"-Prozesses

Dr. Brunner als Zeuge.

In der Verhandlung fand zunächst die weitere Vernehmung der Zeugin, Frau Gertrud Gerken-Veitgabel, statt. Den Anfang der Vernehmung hatten wir bereits im Abendblatt veröffentlicht. — Frau Veitgabel erklärte, daß auch die dezenteste und künstlerisch vollendeste Darstellung des Schauspielers den Schmutz und die Gemeinheit, die in dem Inhalt des Stückes selbst liege, abzumildern und zu entkräftigen nicht geeignet sei. Es werden zehn Frauen, verheiratete und unverheiratete, gezeigt, die sich auf das schamloseste prostituieren und sich Männern hingeben, die sie nicht einmal dem Namen nach kennen. Nach jedem Akt wendet sich der Mann mit einer zynischen Brutalität von dem Weibe, das sich ihm hingegeben hat, ab und stößt es von sich. Die Jugend muß durch dieses Stück schweren moralischen Schaden erleiden, da sie innerlich noch nicht genügend gefestigt sei, um zu erkennen, daß das Gezeigte nicht „das Leben" sei, sondern Abgründe des Lebens. In dem ganzen Stück wird

die Prostitution ganz anders dargestellt, als sie in Wirklichkeit ist.

Junge Menschen müssen den Eindruck gewinnen, daß die Prostitution wirklich nichts besonders Schlechtes ist. Wenn dies in der heutigen Zeit, wo unser Volk nur durch eine sittliche Festigung wieder gesunden kann, geschieht, so muß jeder normal empfindende Mensch, der diese zu Schau gebrachte grundlose Gemeinheit und unbeschreibliche Brutalität sieht, starkes Aergernis an dem Stück nehmen.

Auf eine Frage des Verteidigers, Rechtsanwalts Wolfgang Heine, erklärt die Zeugin, sie habe das Stück am Sonntag zum ersten Male gesehen. Es sei ihr bekannt, daß der Professor Brunner hinter der ganzen Bewegung stehe.

Sachv. Hirsch: Frau Zeugin, Sie haben gesagt, daß die Jugend Schaden an ihrem Seelenleben nehmen würde. Halten Sie es für möglich, daß gerade jemand mit seinen Kindern hingeht, um sie zu stählen in dem Kampf gegen Unsittlichkeit und Schmutz. Zeugin: Das kann ich mir nicht denken, dazu gibt es doch andere Mittel. Das Stück muß in dem jugendlichen Menschen schlummernden Leidenschaften wecken. Auf eine Anfrage des Sachverständigen Dr. Osborne, ob es nicht möglich sei, daß, weil sämtliche Szenen mit einer gewissen Ernüchterung enden, dies nicht auch auf die Jugend moralisch abschreckend wirken könne, erwidert die Zeugin: Ich habe das Gefühl der Ernüchterung in dem Stück stets nur auf Seiten des Mannes feststellen können. Ein junger Mensch muß dabei zu der Ansicht kommen, daß es üblich ist, der Mann genießt und gibt dann derjenigen, die sich ihm hingegeben hat, einen Fußtritt. Er muß den Eindruck bekommen, daß es erlaubt sei, sich jeder Frau, auch der verheirateten, zu nähern.

Sachverst. Dr. Ludwig Fulda: Sie haben gesagt, daß gezeigt wird, daß der Mann die Frau, nachdem er sich ihr genähert hat, fortstößt. Muß da nicht auch gerade ein junges Mädchen erkennen, daß ein Mann, der nur aus sinnlicher Lust ein Mädchen begehrt, nachdem er sein Ziel erreicht hat, sich von ihr abwendet? Ein junges Mädchen kann das doch nicht für anreizend halten, sondern muß es für widerlich halten? Zeugin: Das ist richtig. Es ist aber ein großer Unterschied. Wenn

ein Jungfrauenverein mit sittlich gefestigtem Charakter

das Stück sehen würde, so würde das Stück auf diese jungen Mädchen dieselbe Wirkung ausüben, die es auf mich gemacht hat. Wenn dagegen Großstadtmädchen, die durch mangelnde Erziehung und schlechten Umgang ein gewisses schwankendes Seelenleben haben und sich durch Verführungen leicht beeinflussen lassen, etwas Derartiges sehen, so glaube ich nicht, daß eine abschreckende Wirkung in die Erscheinung tritt.

Auf eine Anfrage des Sachverständigen Holländer erklärt die Zeugin: Es ist mir bekannt, daß z. B.

Shakespeare den Geschlechtsakt auf die Bühne gebracht

hat. Ebenso andere Künstler. Aber in diesen Fällen handelt es sich doch stets um wirkliche echte Liebe und nicht nur um das rohe, brutale Treiben des Mannes. Mir ist auch die bildliche Darstellung bekannt, z. B. „Leda mit dem Schwan" u. a. Hierbei handelt es sich doch aber stets um eine rein künstlerisch dezente Wiedergabe jenes Vorganges, welche mit der brutal-sinnlichen Wiedergabe im „Reigen" in keiner Weise identisch ist. Angekl. Direktor Sladek: Ich stehe hier mit grollendem Empfinden, wenn ich höre, daß die Zeugin monatelang den Kampf gegen den „Reigen" geführt hat, ohne ihn gesehen zu haben und erst gewartet hat, bis sie in der gerichtlichen Aufführung das Stück kennenlernen konnte.

Die Zeugen Arnold und Kapellmeister Selmar Meyrowitz sagen für das Stück günstig aus. Zeuge Meyrowitz meint: Was die Musik anbetreffe, so könne man mit demselben Recht sagen, daß irgendein Stück aus der Kullackschen Klavierschule auch unzüchtig wirke.

Zeuge Friedländer, Inspizient des Theaters, bestätigt auf Vorhalt des R.-Anw. Heine, daß seitens der Direktion die strikteste Anweisung ergangen sei, die Vorstellung unter allen Umständen so dezent wie nur irgend möglich zu gestalten. Zeuge Keindel weist auf das nachdrücklichste darauf hin, daß in allen Vorstellungen seitens der Regie auf Wahrung der höchsten Dezenz Gewicht gelegt wurde. Der Verteidiger, Justizrat Dr. Rosenberg betont: Es handle sich in Wirklichkeit gar nicht um einen Kampf gegen den „Reigen", sondern gegen die Juden. Man habe den „Reigen" nur benutzt, um in dieser Form eine

antisemitische Aktion

ins Werk zu setzen. Der Zeuge Friedländer erklärt hierzu: Bei dem Skandal am 22. Februar seien Rufe laut geworden wie „Saujude", „Bande", „Gesindel", „Judendirektor", „Die Juden müßte man rausschmeißen" usw. usw. Nach dem 23. Februar sei Direktor Sladek mit anonymen Schmähbriefen, Pamphleten des bekannten Knüppel-Kunze usw. überschüttet worden, die sämtlich antisemitischen Inhalt hatten. Nirgend in diesen Schmähschriften und offenen Postkarten sei von Gefährdung der Jugend oder dergleichen die Rede, sondern nur von Judenhaß. —

Zeuge Landgerichtsrat Jenne vom Landgericht I hat einer Aufführung des „Reigen" am 21. Februar beigewohnt. Er hat den Eindruck gehabt, daß die gesamte Aufmachung des Stückes eine erobernsüchtige sei. Er wohne mit Prof. Brunner in Lichterfelde nicht weit voneinander und arbeite mit ihm zusammen auf allen möglichen Gebieten. Prof. Brunner habe nicht den Versuch gemacht, ihn zu einer Agitation gegen das Stück zu gewinnen. Er habe freiwillig von sich aus sich zur Verfügung gestellt. Außer der Darstellung habe er auch die Musik mit ihrer süßlichen Melodie und ausgeprägter Sinnlichkeit als ein raffiniertes Mittel empfunden, um in der Vorstellung die Zuhörer mit den nicht sichtbaren Dingen zu verbinden. Auf Befragen der Verteidiger erklärt der Zeuge: Er gehöre dem Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund an und sei Kandidat der deutschnationalen Partei für den Reichstag gewesen.

Der Zeuge Landgerichtsrat Jenne erklärt noch nach einigen Fragen des Dr. Alfred Kerr, daß er die schädliche Auswirkung des „Reigens" hauptsächlich darin erblicke, daß

das Stück gerade in der heutigen Zeit des sittlichen Verfalls

gegeben worden sei, in einer Zeit, in der die Nerven der Menschen durch Krieg und Revolution schon genug aufgepeitscht seien und die Gefahr der völligen sittlichen Verwahrlosung vorliege. Auf verschiedene Fragen der Sachverständigen Holländer und Robitschek schränkt der Zeuge seine Ansicht bezüglich der Unzüchtigkeit der Musik dahin ein, daß er die Musik an sich nicht unzüchtig finde, sondern lediglich die Einschaltung der Musik an einer Stelle, wo die Sinne auf das äußerste erregt sind und jeder empfindet, daß während der Musik der Geschlechtsakt hinter dem Vorhang vor sich geht.

Hierauf wird

Professor Dr. Brunner als Zeuge

vernommen. Er bekundet, daß er an der Organisation des Theaterskandals am 22. Februar in keiner Weise beteiligt sei. Ebenso sei es nicht richtig, daß er die Vorstellung am Sonntag vorzeitig verlassen habe, da er sich „etwas Derartiges" nicht mit ansehen könne. Er habe den Eindruck, daß man ihn zu Falle bringen wolle. Es sei völlig unrichtig, wenn die Verteidigung hier behaupte, daß er der Organisator des ganzen Kampfes gegen den „Reigen" sei. Im Gegenteil, er halte sich fern von jeglichen tätlichen Vergehen in den Theatern und Kinos. Auf eine Frage des Rechtsanwalts Heine, ob er als Beamter des Polizeipräsidiums sich nicht für verpflichtet gehalten habe, seiner Behörde dienstliche Anzeige zu erstatten, als er von seinem Sohne hörte, daß im Theater Skandalszenen provoziert werden sollten, erklärt Zeuge in höchster Erregung, daß er sich zu einer derartigen Denunziation auf Grund von Mitteilungen innerhalb seiner Familie niemals hergegeben hätte und richtet dabei verschiedene rein

persönliche Angriffe gegen Rechtsanwalt Heine.

R.-Anw. Heine: Die Invektiven gegen mich seien Ihnen geschenkt. Ich werde mich noch an anderer Stelle mit dem Herrn Professor Brunner deswegen auseinandersetzen. — Auf weitere Fragen des R.-Anw. Heine erklärt Zeuge Brunner, daß er der Organisation des Kampfes gegen den „Reigen" völlig fernstehe. Der eigentliche Imperator dieses Kampfes sei der Schriftsteller Schlaikjer. Professor Brunner legt sodann in längeren Ausführungen dar, daß er nicht der Urheber der Anzeige gegen die jetzigen Angeklagten gewesen sei. Von der Lebiusschen Protestversammlung habe er zwar Kenntnis gehabt, aber sich weder billigend noch mißbilligend über diese Versammlung ausgedrückt. Er sei auch durchaus nicht ein enragierter Antisemit, als welchen man ihn darstellen möchte und verabscheue alle Skandalszenen.

Der Zeuge, Repetitor Förstemann, bekundet, daß er anfänglich auch gegen das Stück gewesen sei, dann aber im Laufe der Aufführung zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß hier

tiefe psychologische Momente

hineinspielen. Nachdem er dies erkannt habe, habe er nicht mehr die Empfindung gehabt, etwas Unzüchtiges zu sehen. Auch zwei junge, unverheiratete Damen, welche sich auf seine Veranlassung das Stück angesehen hatten, hätten ihm erklärt, daß sie den „Reigen" nicht für anstößig hielten.

Die eine Dame erklärte wörtlich: „Ich war erschüttert."

Die Zweite: „Schmutz und Gemeinheit ist da nicht drin." Ein Herr dagegen äußerte: „Wenn ich gewußt hätte, daß da weiter nichts drin ist, hätte ich die 40 M. gespart und mit dem Gelde dasselbe wie auf der Bühne gemacht."

Der Bankinspektor Klaus vom Polizeipräsidium hat von diesem die Eintrittskarten bekommen und an dem Stück Aergernis genommen. Der Zeuge Mechaniker Westerling bekundet unter lebhafter Heiterkeit des Auditoriums, daß er an dem Stück nicht nur keinen Anstoß genommen, sondern im Gegenteil es sogar sehr langweilig gefunden habe. — Die Ehefrau des Zeugen hat ebenfalls das Stück sehr langweilig gefunden, muß jedoch auf die Frage des Staatsanwalts von Bradke zugeben, daß sie mit einer 15jährigen Tochter oder ihrer jüngeren Schwester die Reigen-Aufführung nicht besuchen würde. — Der

Verwaltungsdirektor der Volksbühne

hat den Eindruck gehabt, daß er einer künstlerischen Vorstellung beigewohnt habe; die Vorstellung sei so diskret gewesen, daß sie eigentlich beinahe dem Werke nicht ganz gerecht wurde.

Direktor Felix Holländer vom Deutschen Theater, als Zeuge und Sachverständiger vernommen, bekundet: Das Stück „Reigen" habe in keiner Weise irgendwie sein Schamgefühl verletzt. Der

„Reigen" sei seinerzeit von Direktor Max Reinhard angenommen

worden; das Stück ist dann aber auf Grund der zwischen dem Konzern der Reinhardbühnen und dem Kleinen Schauspielhaus bestehenden Interessengemeinschaft dem letzteren überlassen worden. Der „Reigen" ist absolut ein sehr großes Kunstwerk, das er immer als solches anerkennen werde. Die Darstellung sei auch durchaus dezent. — Sachverst. Ludwig Fulda, vereidigter Sachverständiger für dramatische Literatur an den drei Landgerichten, habe auf der Generalprobe den überraschenden Eindruck gehabt, wie dieses Werk in absolut einwandfreier Weise auf der Bühne verkörpert werden konnte. Irgendwelche Bedenken sittlicher Art würden durch das, was dargestellt werden konnte, nicht entstehen.

Groß-Berlin

Einführung der neuen Stadtverordneten.

Die am 16. Oktober d. J. neugewählten Stadtverordneten wurden heute, Donnerstag, den 10. November, feierlich in ihr Ehrenamt eingeführt. Vollzählig hatten sie sich im Sitzungssaale eingefunden. Um ½6 Uhr nahm Oberbürgermeister Böß von seinem Platz am Magistratstische aus das Wort zu folgender Ansprache:

Hochgeehrte Damen und Herren!

Die ersten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung des neuen Berlin haben am 20. Juni 1920 stattgefunden. Sie wurden infolge Einspruchs durch

Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 16. Juni 1921,

also ungefähr ein Jahr später, für ungültig erklärt. Die Wahlen vom 16. Oktober haben Sie, meine Damen und Herren, durch das Vertrauen der Bürgerschaft in diesen schönen, durch die geschickte

Fräulein.

51]

Von Paul Enderling.

Da waren sie alle: der kleine Direktor mit dem Napoleonskopf und den klugen, scharfen Augen, der baumlange Geographielehrer, der Religionslehrer mit der fröhlich funkelnden Nase, dann „Lämmergeier", der zerstreut und maßlos verlegen auf seinen einwärts gestellten Füßen hin und her trampelte und den Zeigefinger um den Hals kreisen ließ; und Professor Maskow, der Mathematiker, der gedankenvoll vor sich hinsah, als dächte er noch immer über den Fermatschen Satz nach, und sich die Hände wusch. Gardner stand gerade. Er stand gewissermaßen stramm vor dem lieben Gott . . .

„Gehen wir nachher zu Rodenacker?" fragte Maskow harmlos.

Gardner runzelte die Stirn und verwies ihm das Unziemliche seiner Frage. Maskow ging achselzuckend ein paar Schritte seitwärts. „Na also," sagte er.

„Und das Testament soll erst im Oktober geöffnet werden," flüsterte Julius Görke.

„Weißt du's genau?"

„Ja, Ich war schon beim Notar Dolldorf. Er wollte mich nicht Einblick nehmen lassen. Er sagt es sei ungesetzlich."

„Im Oktober?" fragte Frau Görke noch einmal.

„Am zweiundzwanzigsten," sagte Görke leise.

Der Sarg schwankte heran. Der Konsistorialrat begann zu sprechen.

Die Tanten weinten laut und andauernd. Aber Tante Berta hatte das mit dem Testament doch gehört, und sie flüsterte es Tinen zu. Die war schlecht auf den Verstorbenen zu sprechen. Im Grunde verzieh sie ihm auch heute noch nicht die Sache mit der Dame ohne Unterleib. „Ein Sonderling ist er immer gewesen," hauchte sie.

Und nach einer Viertelstunde wußte es fast die ganze Trauerversammlung, daß der Oberlehrer ein Testament gemacht und daß es am zweiundzwanzigsten Oktober eröffnet werden sollte.

Der Konsistorialrat war ein großer, stämmiger Mann. Er sprach kräftig und ernst von den „treuen Statthaltern".

Die Schüler schielten zu ihren Lehrern hinüber und konstatierten mit Befriedigung, daß die „Philister" wieder unglaublich aussahen. Dann sprach der Direktor, und sie sangen das „Integer vitae".

Ein feiner, kalter Regen setzte ein.

„Sieh nur Fräulein weint auch," sagte Tante Tine.

„Ja, wahrhaftig. Wer hätte das gedacht?" Dann lauschten sie wieder andächtig dem Gesang.

Nun wurde der Sarg in die Tiefe gesenkt, und die Erdschollen kollerten herunter. Die Feier war aus.

Die Herren spannten die Schirme auf, traten zu der Familie und sprachen einige Worte und gingen ganz quer über die große Allee hinüber zur Elektrischen.

Julius Görke sagte: „Ich glaube, eine Tasse heißer Kaffee wird notwendig sein, wenn wir keine Erkältung bekommen wollen." Und er lud die Tanten ein, in die nahe Konditorei mitzukommen.

Frau Görke überblickte ängstlich die Zahl der Gäste. Plötzlich sagte sie mit einem Ruck: „Fräulein, Sie fahren wohl am besten nach Hause. Wir bringen die Kinder dann schon selber mit."

„Gewiß, gewiß."

Tante Tinchen hielt Fräulein noch einmal fest. Die war die einzige, die das mit dem Testament vielleicht noch nicht wußte. „Denken Sie, im Oktober soll es erst geöffnet werden."

„Am wievielten?" fragte Fräulein gedankenlos.

„Am zweiundzwanzigsten." Und sie folgte eifrig Görkes, die schon in die Glasveranda der Konditorei traten.

Wie sonderbar, dachte Fräulein; am zweiundzwanzigsten, wo mein Geburtstag ist . . .

Als alle ihren Blicken entschwunden waren, machte sie nochmals Kehrt und ging zu dem verlassenen Grabe zurück. Die Kränze lagen umher, die schwarzen Schleifen im nassen Sand. Die blanken Goldbuchstaben und die bunten Blumen starrten grell in das Grau des Regentages.

„Ade!" sagte sie leise, als wolle sie den Schlafenden nicht stören. „Du bist immer gut gewesen. Gott wird auch gut zu dir sein . . ."

Der Regen rieselte dicht und kalt und prickelte auf dem Gesicht. Fräulein betete still.

Die Totengräber kamen wieder.

Fräulein ging. Sie ging langsam, trotz des Regens, der sie allmählich durchnäßte.

Von nun an war sie hier allein. Nun erst war sie allein . . .

Zerfetzte Fahnen.

Tante Tine kochte Kaffee für sich, Fräulein und Eva. Einmal im Jahre lud Tante Tine Besuch zu sich ein. Und da die Verwandten unter allerlei Vorwänden absagten, hatte sie diesmal Fräulein und Eva geladen. Frau Görke hatte Fräulein sehr zugeredet. Es ist doch eine nette Abwechslung für Sie . . ."

Aus dem Schlafzimmer hörte man eifriges Hacken und Hämmern, wie aus einem Bergwerk. Da hieb Tante Tine Stücke von ihrem heiligen Zuckerhut ab, den kein anderer berühren durfte. Fräulein hatte sich angeboten, ihr zu helfen, aber sie hatte nur einen entrüsteten Blick geerntet.

Fräulein lachte nicht über den Kaffee und den Zucker. Zum ersten Male lachte sie nicht darüber.

Sie lehnte sich in die Sofaecke zurück, in die sie gedrängt worden war, und sah Eva zu, die mit einer riesigen Puppe aus Tante Tines fernen Kinderjahren spielte. Sie war müde. Sie war jetzt immer müde.

Seit den wenigen Tagen, da Ingenieur Franzius dagewesen, war kein Licht mehr auf sie gefallen. Und sie brauchte das so — sie brauchte das so. Wie hatte sie gelacht im dunklen Ratskeller! Der stille, einsame Mann war vergnügt wie ein Kind geworden. Nun war er fort, und von Lothar hörte sie nichts. Würde sie je wieder so lachen können?

Lothar kämpfte mit beiden Fäusten für sich und sie. Er arbeitete Tage und Nächte für sich und sie. Sie wußte es nun. Aber wie schlimm war es doch, daß sie nicht bei ihm sein konnte.

Das Leben lag mit jedem Tage schwerer auf ihr. Seit sie einmal aus dem wohltätigen Gleichschritt herausgekommen war, kam sie nicht mehr hinein.

Wie schön war das Leben . . . Wie schmerzvoll war das Leben . . .

Nun lag der Oberlehrer unter der Erde, und rings um sich hörte sie kein Wort der Liebe für den einen alten Mann. Görkes zerbrachen sich nur die Köpfe, was mit seinen Möbeln geschehen solle. Julius Görke war dafür, sie Thea zu geben; aber Thea sah darin nur eine Tücke des Vaters, der sich um neue Möbel für die Aussteuer drücken wolle. Die schönen alten Möbel standen frierend in den einsam gewordenen Zimmern wie in Furcht vor dem Ausgestoßenwerden. Wäre nicht noch das Warten auf das Testament gewesen, man hätte sie schon längst hinausgetragen. Und ihr Herr lag draußen auf dem Friedhof, verlassen, wie er in seinem ganzen Leben gewesen war. (Forts. folgt.)

Hand unseres Ludwig Hoffmann erweiterten Saal geführt. Ermächtigt durch die Landesregierung und den Minister des Innern, ist es meine Aufgabe, Sie in Ihr verantwortungs- und arbeitsvolles Amt einzuführen und zu verpflichten.

Es wird der Verwaltung des neuen Berlin nicht leicht gemacht, die ihm durch das Eingemeindungsgesetz vom 27. April vorigen Jahres zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen, und wer den Wahlkampf verfolgt hat, möchte glauben, daß es bei uns drunter und drüber geht. Und doch, meine Damen und Herren, wenn wir politisch unbefangenen Auges prüfen, was bisher geleistet worden ist, so muß trotz manchem „Wenn" und „Aber" anerkannt werden, daß

die Stadt sich in der Zeiten Sturm und Graus wacker gehalten

(Ruf: Na, na!), daß sie im Neuaufbau ihrer Verwaltung in der Zentrale und in den Bezirken weit vorgeschritten ist. Gewiß ist es nur ein erstes Handanlegen, das der Weiterdurcharbeitung bedarf, aber doch eine Grundlage, die im wesentlichen bleiben kann und bleiben wird. Es wird die Aufgabe der neuen Stadtverordneten sein, mit dem Magistrat, den neuen Bezirksverordneten, mit den Bezirksämtern die Organisation unserer Verwaltung in kürzester Frist zu vollenden und ihr durch warmherziges Zusammenarbeiten im Geiste der Selbstverwaltung Leben zu verleihen — zur Wohlfahrt der gesamten Bürgerschaft.

Daß dieses Ziel — unbeeinträchtigt durch die Verschiedenartigkeit der parteipolitischen Anschauungen — erreicht werden möge, ist der aufrichtige und herzliche Wunsch, mit dem ich Sie, meine Damen und Herren, beim Antritt Ihres Ehrenamtes begrüße. Möge Ihre Tätigkeit in gleicher Weise das Ansehen des Parlamentarismus und der Stadt Berlin stärken und fördern!

Die Gewählten werden hierauf in alphabetischer Reihenfolge vom Stadtrat Pötzsch aufgerufen, treten an den Oberbürgermeister heran und geben ihm den

Handschlag,

wodurch sie an Eidesstatt versichern, daß sie ihr Amt nach Pflicht und Gewissen wahrnehmen wollen. Der Stadtv. Kunze wird bei seiner Verpflichtung von der äußersten Linken mit Aha!, Gelächter und dem vielfachen Ruf „Knüppelkunze!" empfangen.

Nach Erledigung des Verpflichtungsaktes erklärt der Oberbürgermeister: Ich habe die Ehre, Sie hiermit in Ihr Amt einzuführen und bitte Sie, die Geschäfte durch Ihren Alterspräsidenten zu übernehmen.

Alterspräsident Pjannkuch (Soz.): Nach Feststellung des Bureaus bin ich das älteste Mitglied. Nach der Darlegung des Oberbürgermeisters steht mir das Recht zu, bis zu erfolgter Wahl des Vorstehers die Geschäfte und den Vorsitz zu führen. In Gemäßheit dieses Auftrages setze ich die nächste Sitzung auf Donnerstag, 17. November, an; die Tagesordnung wird nach den getroffenen Vereinbarungen den Mitgliedern in der üblichen Weise zugehen. Weitere Geschäfte haben wir heute nicht zu erledigen. Ich schließe die Sitzung.

Schluß: ¼7 Uhr.

Kein Verbrechen. Der unter dem Verdacht, seine Geliebte, Minna Rettig, umgebracht zu haben, verhaftete Schullehrer Kirchhof aus Glasow bei Mahlow ist gestern wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die Ermittelungen der Kriminalpolizei und die Leichenöffnung haben ergeben, daß zweifellos Selbstmord vorliegt. Der Lehrer war durch den für ihn unangenehmen Vorfall so kopflos geworden, daß er sich durch sein Verhalten verdächtig gemacht hatte.

Der ältere Herr, der die schwarzlederne Handtasche fand, welche nach Schluß der Revolutionsfeier in der Brauerei Friedrichshain auf einem Stuhl liegen geblieben war, wird freundlichst gebeten, die Tasche gegen Vergütung abzugeben bei O. Thomas, Goßlerstraße 27, Seitenflügel II, oder beim Kreisvorsitzenden Genossen Georg Buchmann, Stralauer Allee 25.

Treptower Bildungsausschuß. Im Zeichensaal der Gemeindeschule VI, Wilderbruchstr. 54, III, findet am Freitag, den 11. November, abends 7 Uhr, der zweite Vortrag des Genossen Dr. Striemer über das Thema „Wirtschaftsstufen und wirtschaftliche Lehrmeinungen" statt. Der erste Vortrag „Grundbegriffe der Wirtschaft" wird wiederholt. Weitere Teilnehmer am Kursus können sich noch anschließen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Freitag, den 11. November:

4. Kreis. Prenzlauer Berg. Die bereits angesagte Besichtigung der drahtlosen Funkentelegraphie in Nauen muß umständehalber ausfallen.
6. Kreis. Kreuzberg. 7½ Uhr erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Reim, Urbanstr. 29.
7. Kreis. Charlottenburg. 6 Uhr Besprechung aller in der Wohlfahrtspflege tätigen Genossen und Genossinnen im Rathaus, Zimmer 304.

9. Kreis. Wilmersdorf. 8 Uhr Kreismitgliederversammlung im Viktoriagarten, Wilhelmaue 114—115. Thema: „Regierungsbildung in Preußen".

11. Kreis. Schöneberg-Friedenau. 6 Uhr wichtige Sitzung des Kreisvorstandes und der Stadt- und Bezirksverordneten im neuen Rathaus, Zimmer 144. Keiner darf fehlen. Beginn der Sitzung pünktlich.
12. Kreis. Steglitz, Lichterfelde, Lankwitz. Kursus Dr. Borchardt pünktlich 8 Uhr im Zeichensaal der 7. Gemeindeschule am Marktplatz in Steglitz-Südende.
30. Abt. Die für heute angesagte Funktionärsitzung fällt aus.
136. Abt. Rehnickendorf-Ost. Die Genossinnen und Genossen beteiligen sich soweit wie möglich an der Einäscherung des Genossen Hintze. (Siehe Vorwärtsannonce vom Donnerstag.)
Jungsozialisten. Gruppe Pankow. 7½ Uhr im Jugendheim, Breitestr. 32, Vortrag: „Das Görlitzer Programm" (Fortsetzung). Ref. Völkel jun. — Gruppe Hermsdorf. 7½ Uhr im Jugendheim Roonstraße, Vortragsabend. — Gruppe Lichterfelde. Jugendheim Albrechtstr. 14a, Vortragsabend. — Gruppe Norden. 7½ Uhr Gemeindeschule Putbuser Str. 5—6, Vortragsabend. — Arbeitsgemeinschaft. Landesgemeindehaus, Sophienstr. 22—23, Dostojewskiabend.

Achtung! Erwerbslosenfürsorge! Nachmittags 3½ Uhr Versammlung sämtlicher auf dem Boden der SPD. stehenden Beamten, Angestellten und Hilfskräfte der Erwerbslosenfürsorge in den Kulmbacher Bierstuben, Breite Str. 22.

Morgen, Sonnabend, den 12. November:

Konferenz der erwachsenen Mitarbeiter des Vereins Arbeiterjugend im Zentraljugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Treppen, abends 7 Uhr. Vortrag des Genossen Richard Weimann über: „Jugend und Partei". Interessierte Genossen und Genossinnen sind dazu eingeladen.

163. Abt. Oberschöneweide. 8 Uhr Funktionärsitzung bei Schönicke, Wilhelminenhofstr. 20.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend. Sekretariat: SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 3 Treppen rechts. Telephon: Mpl. 121 66—10.

Heute, Freitag, den 11. November:

Britz. Jugendheim Chausseestr. 44. Diskussion: „Warum bin ich in der Arbeiterjugend". — Ahlersdorf. Jugendheim Hasenbergstraße. Vortrag: „Arbeiterkämpfe in vergangenen Zeiten". — Halensee. Jugendheim Joachim-Friedrichstraße 42. Diskussion: „Warum bin ich in der Arbeiterjugend". — Mariendorf. Jugendheim Schule Königstraße. Vortrag: „Zweck und Ziele des Vereins Arbeiterjugend". — Neukölln-Süd. Jugendheim Mogistr. 35. Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung". — Moabit II. Jugendheim Schule Quitzowstr. 115. Vortrag: „Humor in der Literatur". — Nordosten. Jugendheim Realschule Pasteurstr. 44. Vortrag: „Die alten Römer". — Regel. Jugendheim Bahnhofstr. 13. Vortrag: „Die deutsche Revolution von 1848". — Weißensee. Jugendheim Ledigenheim Woelckpromenade. Vortrag: „Arbeiterjugend und Partei".

•

Eine Theatervorstellung findet am Mittwoch, den 16. d. M. (Bußtag), im Schiller-Theater Charlottenburg nachmittags ½3 Uhr statt. Zur Aufführung gelangt „Der Richter von Zalamea" von Calderon. Eintrittskarten zum Preise von 6,50 M. sind im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen, zu haben.

Wetter bis Sonnabend mittag. Zeitweise etwas nebelig, sonst trocken und überwiegend heiter bei mäßigen östlichen bis nordöstlichen Winden. Außer in den Mittagsstunden Frost.

Ein Schlag gegen die Arbeiterschaft.

Die Zerstörung der Deutschen Werke vor dem Reichstag.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstagssitzung steht die Beratung der sozialdemokratischen Interpellation über die Deutschen Werke. Das Wort hierzu nimmt

Abg. Hoch (Soz.):

Beim Ausgang des Krieges waren in den Betrieben der Militär- und Marineverwaltung, soweit sie zur Herstellung von Waffen, Kriegsgerät und Munition dienten, mehr als 200 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Nachdem die alliierten Regierungen sich mit der Verwendung der angegebenen Gegenstände einverstanden erklärt hatten, soweit es mit den Bestimmungen des Friedensvertrages vereinbar war, ist die Aktiengesellschaft „Deutsche Werke" gegründet worden, deren Aktien sämtlich im Besitz des Reiches sind. Die Aufgabe dieser Aktiengesellschaft ist die Ueberführung jener Betriebe auf Friedensarbeit. Nach langen und unendlich schwierigen Bemühungen ist es gelungen, die Werke derartig auszubauen, daß jetzt in den 14 Werken rund

36 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt

werden. Jetzt greift die Interalliierte Militärkommission in diese Entwicklung in einer Weise ein, die die Deutschen Werke auf das schwerste schädigt.

Ich bin in der Lage, aus eigener Anschauung zu bekunden, daß es von Anfang an das Bestreben der Leitung der Deutschen Werke gewesen ist, eine völlig einwandfreie Fabrikation durchzuführen und jeden Verstoß gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages zu vermeiden. Bei dem Eingriff der Interalliierten Militärkontrollkommission, die dem Werke „Wolfgang" die Herstellung von Filmwolle und Kunstleder verboten hat, handelt es sich nicht um Maßnahmen, die aus dem Sinne des Friedensvertrages, aus dem Bestreben, nicht wieder Kriegsbetriebe aufkommen zu lassen, gerechtfertigt sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich muß auch feststellen, daß die Deutschen Werke in weitestem Maße den Anforderungen der Interalliierten Kommission nachgekommen sind. In dem deutschen Werke „Wolfgang" allein ist eine so große Anzahl von Gebäuden und Maschinen zerstört worden, daß allein an Arbeitslohn für die Zerstörungsarbeit fast 10 Millionen Mark ausgegeben worden sind. Und wenn wir in Betracht ziehen, was überhaupt zerstört worden ist, so bekommen wir die Summe an Arbeitslohn von ungefähr 37 Millionen Mark. Der Wert dieser Gegenstände, der natürlich viele Milliarden erreicht, läßt sich bestimmt gar nicht ausrechnen.

Bei den Werken „Erfurt" und „Haselhorst" ist die Herstellung von Jagd- und Sportwaffen verboten worden. Der ganze Geist, in dem das Eingreifen der Interalliierten Militärkontrollkommission in dieser Angelegenheit erfolgt ist, zeigt sich ja bei dem letzten Eingriff, bei dem

Eingriff im Werk „Spandau".

Da handelt es sich nur darum, daß ein neues Walzwerk errichtet und daß neue Generatoren aufgestellt werden sollen. In dem Werk „Spandau" besteht schon ein Walzwerk, und gegen dieses alte Walzwerk wird auch kein Einspruch erhoben. Weshalb gehen nun die Werke daran, in dieser Zeit, wo derartige Umbauten ungeheuer viel Geld kosten, ein neues Walzwerk zu errichten? Einzig und allein deshalb, weil das alte Walzwerk veraltet ist und mit diesem Walzwerk ein wirklich rentabler Betrieb nicht möglich ist. (Hört! hört! bei den Soz.) All das, was geschehen ist — im Werk „Wolfgang" die Verarbeitung von Schießbaumwolle in Filmwolle, im Werk „Erfurt" die Herstellung von Jagd- und Sportwaffen, im Werk „Spandau" die Vorbereitung des neuen Walzwerkes — all das ist nicht etwa hinter dem Rücken der Interalliierten Militärkontrollkommission vor sich gegangen, sondern die Reichswerke haben alle Einzelheiten ihrer Maßnahmen, bevor sie durchgeführt worden sind, den Herren der Interalliierten Militärkontrollkommission vorgelegt. **Diese Maßnahmen sind von den Herren ausdrücklich genehmigt worden.** (Hört! hört! bei den Soz.) Dem Werk „Wolfgang" sind für seine Verarbeitung von Schießbaumwolle in Filmwolle und für die Kunstlederfabrikation die Rohstoffe selbst zur Verfügung gestellt worden, denn ohne die Zustimmung konnte ja gar nichts verarbeitet werden. Also für mich besteht gar kein Zweifel darüber, daß von unserem Rechtsstandpunkt aus diese Eingriffe geradezu

eine unerhörte Vergewaltigung des Friedensvertrages

sind. (Sehr richtig! bei der Soz. und in der Mitte.)

Man sollte meinen, in dieser ernsten Zeit sollten wir wenigstens in der Grundanschauung alle übereinstimmen, daß wir durch unsere Wehrlosigkeit in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung aufs äußerste gehemmt sind und uns jeden Schritt, den wir tun, sorgfältig überlegen müssen. Aber wie ist es mit der Einigkeit des deutschen Volkes, mit der Gewissenhaftigkeit der Rechtsparteien bei derartigen Fragen bestellt? Geradezu unerhört ist es, weil die anderen Parteien nicht denselben Weg betreten wollen, nun den anderen nationale Ehre, die nationale Würde und die nationale Ehrlichkeit abzusprechen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Rechtsparteien haben auch diese Gelegenheit benutzt, und haben in der Oeffentlichkeit, namentlich in den Lokalblättern, die Arbeiter aufzuputschen versucht mit der Behauptung: es liegt ja nur an der Regierung, an der Schlappheit, an der Feigheit, an der elenden Vaterlandslosigkeit der Regierung, die nicht energisch und entschieden dagegen auftritt. Sie sagen nicht, daß uns die kaiserliche Wirtschaft erst in diese Sache hineingebracht hat, das ist ja alles vergessen. Die Regierung und auch die Parteien, und zwar alle Parteien, haben ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun, um alles in Bewegung zu setzen, damit unser gutes Recht gewahrt werde. Aber man kann nicht sagen, wir brauchten nur mit der Faust auf den Tisch zu klopfen, nur das Maul möglichst weit aufzureißen, nur Drohungen auszusprechen, an deren Durchführung man selbst nicht glaubt, dann würde die Interalliierte Militärkontrollkommission umfallen und uns alles genehmigen, was wir verlangen.

Auch die Eisenbahnanlagen müssen zerstört werden.

Ferner ist es bezeichnend, daß auch die Arbeiter, die jetzt entlassen sind, nicht in dem Betriebe beschäftigt werden dürfen, der die Reparatur der Wagen und Lokomotiven vornimmt, sie könnten ja sonst noch einmal für andere Sachen verwendet werden. Man könnte auch die Förderung von Kohlen verbieten, denn Kohle ist gewiß zur Herstellung von Kriegsgerät verwendbar. Vor allen Dingen müsse man die Menschen beseitigen, denn sie sind sicher eine nicht zu unterschätzende Kraft bei der Herstellung von Kriegsgerät. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wir kommen hier also auf einen unmöglichen Weg, der, weiter und weiter getrieben, zu unerträglichen Zuständen führt. Wir haben bei der jetzigen Teuerung eine so ungeheure Not in unserm Volke, daß man dieses Volk in der Tat bewundern muß, wenn es derartige Zustände noch erträgt. Den nächsten Monaten sehen wir mit der größten Sorge entgegen. Es wird uns das Gespenst einer ungeheuren Arbeitslosigkeit wieder vor Augen treten und ausgerechnet in einer solchen Zeit führt man Maßnahmen durch, die die Zahl der Arbeitslosen bei uns ganz beträchtlich vermehren müssen. Die **Maßnahmen, die uns von der interalliierten Militärkontrollkommission aufgelegt werden, würden die unmittelbare Folge haben, daß von den jetzt beschäftigten 36 000 Arbeitern 11 000 entlassen werden müssen.**

In erster Linie müssen wir von der Regierung verlangen, daß alles geschieht, um den Anforderungen gerecht zu werden, im Rahmen des Möglichen, die an uns gestellt werden. Jede Unterlassungssünde in dieser Richtung erschwert uns die Arbeit aufs schwerste. Von dem jetzigen Herr Minister bin ich fest überzeugt, daß er seinen ganzen Anschauungen nach und nach seiner bisherigen Tätigkeit zu urteilen, dieser Belehrung nicht bedarf. Andererseits müssen wir aber in allen diesen Dingen uns die Tatsache vor Augen halten, daß wir noch ein Beamtentum aus der alten Schule, von altem Geist und aufgewachsen in den Ueberlieferungen der früheren Zeit haben, ein Beamtentum, das sich leider oft genug am deutschen Volk versündigt hat und noch versündigt, weil es die Notwendigkeiten unserer Zeit zu verstehen nicht in der Lage ist. Ich habe die Hoffnung und bin der Ueberzeugung, daß, wo immer sich Widerstände bemerkbar machen, daß Ministerium scharf und entschieden durchgreifen wird, und ich würde wünschen, daß auch das Finanzministerium in Zukunft alles, was eben möglich ist, tut, um den Verpflichtungen des Friedensvertrages gerecht zu werden. Auf der anderen Seite ist es notwendig, daß wir die Tatsachen in aller Oeffentlichkeit darlegen, die unser wirtschaftliches Leben erdrücken, daß wir ohne Rückhalt und ohne Scheu in die weite Oeffentlichkeit alles das bringen, was uns zugemutet wird. (Lebh. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Zur Beantwortung der Interpellation erhält das Wort der

Reichsschatzminister Bauer:

Es ist bekannt, daß nach Artikel 168 des Friedensvertrages die alliierten Mächte bestimmen können, daß Betriebe, die ausschließlich der Heeresversorgung gedient haben, geschlossen werden müssen. Von diesem Recht, das der Friedensvertrag den Ententemächten gibt, hat die Botschafterkonferenz keinen Gebrauch gemacht. Die deutsche Nationalversammlung hatte sich aber bereits zeitig mit der Frage beschäftigt, bei der Botschafterkonferenz den Antrag gestellt, die Genehmigung zum Umbau dieser Werke in Friedensbetriebe zu erteilen. Das hat die Botschafterkonferenz durch eine Note vom 10. Februar 1920 getan und diese Entscheidung muß als durchaus sach- und vernunftgemäß anerkannt werden. Nur auf Grund dieser Entscheidung war es möglich, die Deutschen Werke zu gründen und den Umbau der Kriegsbetriebe zur Friedensarbeit vorzunehmen. Die Regierung wäre gar nicht dazu übergegangen, wenn man hätte annehmen müssen, daß, nachdem alle Maßnahmen und Schritte nur mit Zustimmung der Botschafterkonferenz und der interalliierten Militärkontrollkommission zur Durchführung gelangt waren, angesichts dieser Tatsachen eines schönen Tages wieder eine entgegengesetzte Verfügung über uns ergehen würde. Jetzt sollen die Materiallen vernichtet werden, die Fabrikation soll völlig eingestellt und auch sämtliche Anlagen über und unter der Erde völlig zerstört werden. In einer Zuschrift der Distriktskommission Frankfurt a. M. an das Werk Wolfgang heißt es wörtlich:

„Ich erinnere Sie daran, daß diese Zerstörungen, welche gefordert werden, nicht allein die Maschinen und Gebäude über dem Erdboden, sondern auch große und kleine Eisenbahnschienen, die elektrischen Leitungen mit den Transformatoranlagen, die verschiedenen Gräben usw. betreffen."

Es soll also eigentlich alles dem Erdboden gleichgemacht und auch das, was unter den Erdboden liegt, zerstört werden. Bezüglich der Gewehrfabrik Erfurt und des Betriebes Spandau-Hafelhorst liegen die Dinge auch so, daß die Aufnahme der Fabrikation von Jagd- und Sportwaffen

im ausdrücklichen Einverständnis mit der Interalliierten Kommission

aufgenommen wurde. Was das Werk Spandau anlangt, so hat der Herr Abg. Hoch darauf hingewiesen, daß dort der Neubau eines Schmelzofens verboten wird. Damit sind aber die Maßnahmen gegen den Spandauer Betrieb noch nicht erschöpft. Mir ist gerade in diesen Tagen von dem Landesfinanzamt, das diese Dinge zu bearbeiten hat, die Liste zugegangen, die die militärische Distriktskommission herausgegeben hat und in der eine Reihe von Vernichtungen gefordert werden. Diese Liste ist Ende Oktober herausgegeben worden, und da heißt es:

Knallquecksilberlaboratorium: Zerstörung des Gebäudes und der Spezialeinrichtungen, Kleinhütte: Zerstörung des Gebäudes und aller Inneneinrichtungen mit Ausnahme der Elektromotoren, die mit B zu bezeichnen sind.

Bei der Bezeichnung mit B handelt es sich um technische Einrichtungen, Maschinen usw., die unter der Rubrik „Zerstreuungsmaschinen" registriert werden; diese Gegenstände müssen also aus den Betrieben heraus; sie müssen zerstreut werden, ohne daß man sie zu zerschlagen braucht. Außer diesen Beispielen führt der Minister noch weitere Zerstörungswünsche der Militärkontrollkommission an und fährt dann fort:

Sie sehen an der ungeheuren Liste, welche Auflagen uns jetzt gemacht werden, nachdem doch drei Jahre seit dem Kriegsende verflossen sind und auf Anordnung der Interalliierten Kontrollkommission bereits ausgedehnte Zerstörungen vorgenommen worden sind. Durch diese

ständige Beunruhigung und immer neue Zerstörungsforderungen

muß eine wirtschaftliche Führung der Betriebe geradezu unmöglich gemacht werden. In den Deutschen Werken sind bisher an Maschinen rund 5500 Tonnen mit einem Anschaffungswert von 1500 M. je Tonne zerstört worden, also für 250 000 Goldmark; dazu Anlagen, Apparate, Einrichtungen der Pulverfabriken mit einem Anschaffungswert von etwa 1 750 000 Goldmark; insgesamt also für 10 Millionen Goldmark, was zur Zeit der Vernichtung einem Papierwert von etwa 200 Millionen gleichkommt. An Gebäuden sind für etwa 2½ Millionen Goldmark vernichtet, was auch nach dem damaligen Stande der Mark einen Wert von etwa 50 Millionen Papiermark ausmachte.

Mag man die Zerstörungsforderungen noch so objektiv würdigen und mag man noch so sehr bestrebt sein, auch die sachlichen Gründe der Gegenseite auf sich wirken zu lassen — ich meine, trotz dieser sachlichen Prüfung wird man immer zu dem Ergebnis kommen: **Es handelt sich um Maßnahmen, die durch nichts rechtlich begründet sind, ja geradezu unvernünftig sind, weil sie Werke zerstören und unser Wirtschaftsleben aufs ungünstigste beeinflussen. stören und unser Wirtschaftsleben aufs ungünstigste beeinflussen.** Ob wir in der Lage sind, eine angeordnete Zerstörung, falls es dabei bleiben sollte, wirklich auszuführen, ist zweifelhaft, weil die Arbeiterschaft, die davon betroffen ist, derart erregt ist, daß sie uns einmütig erklärt hat: Wir rühren keine Hand und schlagen jeden nieder, der unsere Arbeitsstätten vernichten will. Hier liegt eine ungeheure Schuld der Interalliierten Kommission vor, die die Ueberführung der Werke in Friedensbetriebe gestattete und dann eines schönen Tages ohne jede moralische Verantwortung sagt: Nun ist es zu Ende, jetzt dürft ihr diese Dinge nicht weiter bearbeiten. Das ist doch ein so unglaubliches Vorgehen (Sehr richtig!), daß ich mich der Hoffnung nicht verschließen will, daß schließlich die Botschafterkonferenz, so trübe Erfahrungen wir auch mit ihr gemacht haben, in diesem Falle das klare Recht der Deutschen Werke A.-G. anerkennen und die Maßnahmen der Kommission, die hier besprochen sind, zur Aufhebung bringen wird.

Auf Antrag Müller-Franken (Soz.) wird die

Besprechung der Interpellation

beschlossen.

Abg. Erfing (Z.): Diesem Schritt der Entente wird bald ein zweiter und dritter folgen, um unser Wirtschaftsleben endgültig zu zerstören. Wir bitten den Minister, das Recht des deutschen Volkes mit allen Kräften wahrzunehmen; mögen wir endlich zu einem geschlossenen nationalen Einheitswillen des deutschen Volkes kommen.

Abg. Hartwig (Dnat.): Diejenigen, die den Friedensvertrag und das Ultimatum unterzeichnet haben, tragen die Schuld daran. (!) Nur eine christliche und nationale Politik kann uns wieder zu einer rechten Volksgemeinschaft führen.

Abg. Brüninghaus (D. Vp.): Wir hoffen, daß die Reparationskommission, die morgen hier eintrifft, sich mit den Deutschen Werken beschäftigt

Abg. Gothein (Dem.): Können wir mit Verhandlungen nichts erreichen, dann müssen wir den Schrei vor der ganzen Welt erheben, gegenüber dem Unrecht, das uns angetan wird. Und in diesem Protest wollen wir alle uns vereinigen. (Beifall.)

Abg. Brandes (U. Soz.): Wenn die Kontrollkommission die Herstellung von Kriegsmaterial verbietet, findet sie die volle Zustimmung der Arbeiterschaft. Diese hat sich sogar geweigert, Uebungsmaterial für Reichswehr und Schutzpolizei herzustellen. Aber solche

unsinnigen Maßnahmen,

wie die Zerstörung der Deutschen Werke, müssen einen Sturm der Empörung nicht nur der Arbeiterschaft, sondern im ganzen deutschen Volke hervorrufen, und, wie ich hoffe, der ganzen Welt. (Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Abg. Malzahn (Komm.): Wir warnen die Arbeiter, sich auf die Unterstützung der Arbeitgeber zu verlassen. Wir fordern die vollkommene Umstellung der Betriebe in die Friedenswirtschaft.

Das Schlußwort hat der Abg. Hoch (Soz.): Die Besprechung der Interpellation hat eine Einstimmigkeit in den wesentlichen Punkten gezeigt. Trotzdem mußte ich auch das zur Sprache bringen, worin wir mit den anderen Parteien nicht übereinstimmen. Ich habe derartige Vorwürfe erwartet. Ich würde mich aber der elendsten Heuchelei schuldig gemacht haben, wenn ich behauptet hätte, wir wären in dieser Frage ein Herz und eine Seele. Wir Sozialdemokraten haben seinerzeit erklärt, daß der Friedensvertrag von uns Unmögliches fordere, und daß wir ihn nur unter dem Druck der Verhältnisse unterschreiben. Hätten wir uns geweigert, so wären die Franzosen in Hanau einmarschiert, und kein Stein wäre von den Deutschen Werken aufeinander geblieben.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Die Besoldungsvorlage.

Es folgt sodann die erste Beratung des neuen Beamtenbesoldungsgesetzes.

Abg. Lübbring (Soz.) gibt für die Sozialdemokratische Partei eine Erklärung ab, in der mit Genugtuung festgestellt wird, daß der Forderung nach einer grundsätzlichen Neuregelung der Beamtenbesoldung von der Reichsregierung Rechnung getragen ist und anerkennt, daß die Staffelung der Teuerungszuschläge nach Ortsklassen und die unterschiedliche Entlohnung der männlichen und weiblichen Diätare beseitigt ist. Leider ist aber der gleiche prozentuale Teuerungszuschlag wieder nicht beseitigt worden, so daß die berechtigten Wünsche der unteren und mittleren Besoldungsgruppen nicht befriedigt sind. Die Spitzenorganisationen der Beamten haben sich mit den unbefriedigenden Zugeständnissen nur abgefunden, um einen Bruch und die Entfesselung eines wirtschaftlichen Kampfes zu vermeiden. Die Reichsregierung wird deshalb ersucht, in erneute Verhandlungen mit den Beamten einzutreten, um auch die billigen Wünsche der unteren und mittleren Besoldungsgruppe zu befriedigen. Dabei muß der gleiche prozentuale Teuerungszuschlag endlich aufgegeben werden. Ferner muß das Gesetz über die Ortsklasseneinteilung schleunigst zum Abschluß gebracht und in eine Prüfung der Frage der

Ersetzung des Ortszuschlags durch ein Wohnungsgeld

eingetreten werden. Dem vorliegenden Gesetzentwurf stimmen wir zu, weil jede Aenderung der Vorlage eine erhebliche Verzögerung ihrer Verabschiedung bedeutet. Wir erwarten aber bestimmt, daß ein Ausgleich für die unteren und mittleren Besoldungsgruppen umgehend erfolgt. (Bravo! bei den Soz.)

Die Abgg. Hoefle (Z.) und Vogel (Dnat.) stimmen dem Gesetz zu, desgleichen Abg. Moraht (D. Vp.).

Abg. Frau Zietz (U. Soz.) verlangt eine gründliche Durchberatung der Vorlage.

Abg. Dauer (Bayr. Vp.) stimmt ebenfalls unter Vorbehalten zu.

Ein Vertreter des Finanzministeriums erklärt, daß das Reich bereit sei, den einzelnen Ländern zur Aufbesserung der Beamtengehälter Vorschüsse vierteljährlich im voraus zur Verfügung zu stellen.

Damit schließt die Aussprache. — Die Vorlage wird in erster Lesung angenommen. Gegen die sofortige Vornahme der zweiten Lesung erhebt Abg. Crispien (U. Soz.) Widerspruch.

Das Haus vertagt sich auf Freitag, 2 Uhr: Anfragen, Besoldungsvorlage, Notstandsmaßnahmen für die Invalidenrentner, Teuerungsinterpellationen. Schluß gegen 7 Uhr.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus Der fliegende Holländer 7½ Uhr

Schauspielhaus Neu einstudiert! Othello 7½ Uhr

Deutsch. Theater 7½: Louis Ferdinand, Prinz von Preußen. Sonnab. 7½: Louis Ferdinand, Prinz von Preußen

Kammerspiele 8: Der Hühnerhof. So. 8: Der Hühnerhof

Gr. Schauspielh. (Karlstraße) 7: Götz von Berlichingen. Sonnab. 7 Uhr: Götz von Berlichingen

Theater i. d. **Königgrätzer Str.** Täglich 7.30 Uhr: Manon Lescaut (Orska, Janssen, Riemann, Bildt, Brandt, Picha, Rehkopf, v. Twardowski, Appelt, Klupp)

Komödienhaus 7½ U.: Die Fahrt ins Blaue (Glässner, Richard, Engl, Pröckl, Stieda)

Berliner Theater Täglich 7.30 Uhr: Prinzessin Olala. Fritzi Massary a. G. Ralph Arthur Roberts, Pepi Zampa, Hb. Kiper

Central-Theater 7¾ U.: D. Detektivmädel
Deutsches Opernhaus 7½ U.: Freischütz
Friedr. Wilhelmstädt. Th. 8 Uhr: American Girl
Intimes Theater 8 U: Die Spelunke / Lauf doch nicht immer nackt herum
Kleines Schauspielhaus 7½ U.: Kiki (Lustsp.)
Lustspielhaus 7½ U: Peter Brauer
Metropol-Theater 7½ U.: Die Straßensängerin
Neues Operettentheater 8 Uhr: Königin d. Nacht
Neues Theater am Zoo 7½ Uhr: Das Ewig-Männliche
Neues Volkstheater 7½ U.: Rose Bernd
Schiller-Th. Charlottenb. 8 Uhr: Meine Frau, die Hofschauspielerin
Schloßpark-Th. Steglitz 7½ Uhr: Ehe
Thalia-Theater 7½ U.: Schäm' Dich, Lotte
Theat. a. Nollendorfplatz 3½: Schneeweiß u. Rosenr. 7½ U.: Die Ehe im Kreise
Theater des Westens 7½ U.: Braut d. Lucullus. Snb. 4 U.: Hänsel u. Gretel
Th. i. d. Kommandantenstr. (Jüd. Künstler-Theater) 7½ Uhr: Dybuk
Wallner-Theater 7½ Uhr: Nixchen
Walhalla-Theater 7½ U.: Jung muß man sein. Gilbert dirigiert!

Kabarett Größenwahn (?) Jägerstr. 18 Wieder eröffnet!

Volksbühne Theater am Bülowplatz 7½: Das Postamt / Die Komödie der Irrungen

Lessing-Theater Heute bis Sonntag 7½: Die Spielereien einer Kaiserin. Montag 7½: Der lasterhafte Herr Tschu

Deutsches Künstler-Th. Allabendlich 7½ Uhr: Der heilige Ambrosius (Max Adalbert)

Residenz Theater Täglich ½8 Uhr: Der König in Paris. Olga Limburg, Kaiser-Titz, Else Wasa

Kleines Theater Täglich ½8 Uhr: Frl. Josette – meine Frau. Eugen Burg, Carola Toelle, Falkenstein, R. Maaß

Trianon-Theater Täglich ½8 Uhr: Mein Freund Teddy. Arnold Korff, Lotte Klinder, W. Bendow, Gia Schneider-Nissen, Fr. Schönemann

Theater des Ostens (Rose-Theater) 7½ Uhr: Fidele Brüder

Komische Oper 7¾ 7¾. Dir. Jam. Klein. Die große Revue Der Herr der Welt. Keine Bühne der Welt bietet solche Prachtausstatt. u. kam. berühmt. Darstell. Max Landa, Bruno Kastner, Sascha Gura, Wilh. Hartstein, Franz Groß, P. Westermeyer, L. Werkmeister, Albert Paulig. 75 Damen-Ballett! Vorverkauf ununterbrochen

Theat. a. Kottbus. Tor Tägl. 7½ Uhr und Sonnt. nachm. 3 U. Ulite-Sänger. Sonnabend 3½ U. Kinder-Märchen-Vorstellung: „Das Puppenprinzeßchen“ Kleine Preise!

Stürmischer Erfolg
Walhalla-Theater
ab 11. November, täglich ½8 Uhr
Die große Operette **Jung muß man sein** von Jean Gilbert
Mitwirkende: Else Böttcher a. G., Alfred Läutner a. G., Theo Lucas a. G., Grete Sellin, Maria Grimm-Einödshofer, Sophie Kaniss, Martha Winter, Harry Collin, Karl Neisser, Hans H. Zerlett
Der berühmte Komponist Jean Gilbert dirigiert
Freitag, Sonnabend, Sonntag persönlich
Schlager auf Schlager

Zeig mir mal dein Muttermal
Freitag, 11. November **200.** Freitag, 11. November
Aufführung der erfolgreichen Operette
Das American Girl
Musik von Kurt Zorlig. — Text von Dr. Blumenthal
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater, Chausseestraße

Großes Schauspielhaus
Heute, Sonnabend, Sonntag außer Abonnement
Anfang 7 Täglich Ende 10¼
Götz von Berlichingen

Apollo-Theater 8 Uhr. Dir. Jam. Klein. Die Sensation Berlins **Frau Luna**. Große Ausstatt. Operette von Paul Lincke mit dem Grigolatis-Luft-Ballett. Oskar Sabo a. G., Else Berna, Martin Kettner, Fritzi Arco, Fritz Steidl. 50 Damen-Ballett! Vorverkauf ununterbrochen

Nur allein die Kunstspielpianos und Flügel **VIRTUOLA** Fußbetrieb / Elektrisch beides vereinigt ermöglichen gleichzeitig Wiedergabe der Musikstücke nach Auffassung des Künstlers und Selbstnuancierung. **Römhildt A.-G.** Leipziger Str. 119-120, 1. Stock

Garderoben für Herren und Damen trotz der gewaltigen Preissteigerung infolge großer Lagerbestände noch zu alten, niedrigen Preisen und auf bequeme **Teilzahlung**. Beispiele: Anzüge M. 675.—, 975.—, 1075.— 1200.— u. darüber. Raglans „ 950.—, 1050.—, 1200.— Besonders günstig! Damenmäntel in Tuch, Affenhaut, Flausch, sowie Strickjacken u. Capes 450.—, 650.—, 975.—, 1425.— bis 2000.— Damenkleider M. 495.—, 595.—, 725.— u. darüber. Außerdem: Große Auswahl in Cutaways, gestreiften Hosen, Schlüpfern, Paletots für Herren, Kostümen, Röcken usw. für Damen. **Grebler** Weinbergsweg 4, I. Etage am Rosenthaler Platz.

Admirals-Palast 7½: Die roten Schuhe

B T L Potsdamer Str. 38 Mady Christians im Schauspiel Der Schicksalstag. Turmstr. 12 Lotte Neumann im Schauspiel Der ewige Kampf. Alexanderpl.-Pass. Pola Negri in: Sappho. Friedenau, Rheinstr. 14 Herrn Arnes Schatz

Spezialarzt Dr. med. Damman's Heilanstalt Berlin M 3, Potsdamer Str. 123 b. Sprechstunden 9—12 u. 3—6, Sonntags 10—12. versendet belehrende Broschüre über alle Geschlechtskrankheiten, wie Syphilis, Harnröhrenleiden, sexuelle Schwäche, Weißfluß, kostenlos ohne jede Verpflichtung gegen Doppelbriefporto in verschlossenem Kuvert ohne Aufdruck. Leiden genau angeben. 187/10

FOLIES CAPRICE Linienstr. 132, am Oranienburger Tor. Täglich 8 Uhr: Die Dame im Bett mit Ferd. Grünecker. Tel.: Norden 2650

Casino-Theater Lothring. Str. 37 Tägl. 7½ Gänzl. neues Programm. Der Schlager der Spielzeit: Der Weg z. Glück. Volksstück in 4 Aufzügen. Volkstümliche Preise! Sonnt. 3½: Pantoffelheld

Hagenbeck Kleistpark. Sonnabend und Sonntag 3 und ½8 Uhr. Nachmittags für Kinder halbe Preise. Vorverkauf Tietz und Hagenbeckkassen

Circus Busch Tgl. 7½ Das indisch. Manege-Schaustück „Die Schlange der Durga“. Persönl. Auftreten: Paula Busch als Amara, die Schlangen-Tänzerin m. leb. Riesenschlangen. Schwimmende Elefanten. Schwimm. Wasserbüffel. Außerdem die Nov.-Sensation. Sonnt. nachm. 3 U. 1 Kind frei. Eisenkönig Breitbart u. „Im Reiche des Porzellans“

Wintergarten Varieté-Spielplan. Rauchen gestattet

Reichshallen-Th. Stettiner Sänger. Abds. 7½ u. Stg. nchm. 3 Vchm. ½ Pr. Varieté Dönhoff-Brettl.

Musik. Kammerspiele Bismarckst. 110, a. Knie 8 U. mit Claire **JACHE** in Doktor • Waschküche 12., 14., 17., 19., 23. Nov.

Theater am Kurfürstendamm. Allabendl. 8 Uhr **Ingeborg**. Eckersberg, Sandrock, Goetz, Günther, Walter. **Tribüne.** 7½ Uhr: **Die fremde Frau** (La femme X . . .) mit Rosa Valetti. **Größenwahn** Leitung Rosa Valetti. Allabendl. 8½ Uhr

Metropol Varieté Behrenstr. 54, 8 Uhr. 11 Sensationen

Scala Tägl. 8 Uhr. Sonnt. 3½ zu halb. Preis. d. volle Programm. 11 Künstlertruppen

Eiserne & Transport.-Kachel-**ÖFEN** SEMMLER & BLEYBERG G. m. b. H. Dresdnerstr. 98 BERLIN S. 14

Metallankaufsstelle Osten, Grüner Weg 8, zahlt Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Evert & Mittelmann Bankgeschäft. Gegr. 1875. Berlin C 19, Petripl. 4 gegenüber d. Petrikirche. Fernsprecher: Zentrum 2373, 7103 u. 11841. An- u. Verkauf von Effekten u. Coupons. Geschäftszeit 9—3

Wäsche-Hof im Leihhaus Moritzplatz 58a verkauft staunend billig Hemden, Beinkleider, Bettbezüge, große Teppiche, Künstler-Gard., Stepp- u. Diwandecken, Daunenbett. Nur Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware.

Auf Teilzahlung! **Anzüge u. Paletots** in moderner Ausführung für Herren u. Burschen. Prima Verarbeitung! **Stolzmann** Belle-Alliance-Str. 100, Eing. im Möbelgeschäft

Engländerin unterrichtet, übersetzt. Wilmersdorferstr. 40 II.

Jubiläums-75-Brand-Winkelhausen Die deutsche Weinbrandmarke 1846 1921

Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer teils auf Seide, jetzt für 400—600 M. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig! Pelzwaren: Kreuzfüchse 300, Zobelfüchse 400, Blau-, Silberfüchse e. Skunks, Wölfe, Luchse, Sportpelze 800, Gehpelze 1800, Pelzmäntel 2800. Keine Lombardwaren.

Bezirksverb. Berlin SPD. 136. Abt. Reinickend.-Ost

Am 8. Novbr. wurde unser Genosse

Richard Hintze

Hoppestr. 16

im 45. Lebensjahre durch einen plötzlichen Tod aus dem Leben gerissen. Die eifrige Mitarbeit des Verstorbenen wird uns allen in dankbarer Erinnerung bleiben.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Die Einäscherung findet Freitag, 11. Novbr., mittags 1 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Wir erwarten rege Beteiligung. 247/16

Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin, Berlin C 25, Hackestr. 4.

Einladung

zu der am **Freitag, 18. Novbr. 1921, abds. pünktlich 6½ Uhr, im Gasthaus Musiker-Festsäle, Berlin C 25, Kaiser-Wilhelm-Str. 31,** Hof, geradezu, eine Treppe **(Speisesaal)** stattfindenden

Ausschuß-Sitzung

der Vertreter der Arbeitgeber und Kassenmitglieder

Tagesordnung:

1. Wahl des Ausschußvorsitzenden und seines Stellvertreters.
2. Feststellung und Beschlußfassung über den dem Versicherungsamt einzureichenden Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben für das Geschäftsjahr 1922.
3. Wahl des Rechnungsausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 1921 gemäß § 91 der Kassensatzung.
4. Beschlußfassung über die 13. Satzungsabänderung betr. §§ 19, 23b, 21, 50 und 54.

Als Ausweis dient die übermittelte Einladung.

Berlin, den 11. Nov. 21.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.

A. Vogel, Vorsitzender. R. Freund, Schriftführer.

Seit **70 Jahren** ist San.-R. Dr. Strahls **Haussalbe** b. Hautausschl., Flechten, Bein- u. Krampfadergeschwür., Frostschäd., Hämorrhoiden ein bestbewährtes u. schnellheilend. Mittel. Orgl.-Dose 7.25 u. 14.50 Elefanten-Apotheke Berlin SW. 213 Leipziger Str. 74 Dönhoffplatz

---

Gesichts- u. Körperpflege

Pickeln und Flechte heilt **Schwester Gens,** Schöneberg, Akazienstr. 30, III.

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu einer am **Dienstag, den 29. November 1921, vormittags 11 Uhr,** im Sitzungssaale der Bank in Hamburg, Neß 9, stattfindenden **außerordentlichen Generalversammlung** eingeladen.

Tagesordnung:

Beschlußfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals um nom. M. 150 000 000 Aktien mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1921 ab unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre und entsprechende Aenderungen der Satzungen wie sie sich aus obiger Beschlußfassung ergeben.

Diejenigen Aktionäre, welche sich an der Genralversammlung beteiligen wollen, haben ihre Aktien **spätestens am 25. November d. J.** während der üblichen Geschäftsstunden bei **unseren Niederlassungen** in **Hamburg, Berlin** und **Magdeburg, unseren sämtlichen Filialen** und **Zweigstellen** und außerdem in **Berlin** für die Mitglieder des Giroeffektendepots auch bei der **Bank des Berliner Kassenvereins,** sowie

in **Cassel** bei dem **Hessischen Bankverein Aktiengesellschaft,**
„ **Chemnitz** bei **unserer Niederlassung** und bei dem **Chemnitzer Bank-Verein,**
„ **Köln a. Rh.** bei **unserer Niederlassung** und bei Herrn **J. H. Stein,**
„ **Dresden** bei **unserer Niederlassung** und bei dem **Chemnitzer Bank-Verein,**
„ **Falkenstein** bei der **Vogtländischen Credit-Anstalt,**
„ **Frankfurt a. M.** bei **unserer Niederlassung** und bei den Herren **J. Dreyfus & Co.,**
„ **Gera (Reuß)** bei der Firma **Gebr. Oberlaender,**
„ **Löbau** bei der **Löbauer Bank,**
„ **München** bei **unserer Niederlassung** und bei der **Bayerischen Vereinsbank,**
„ **Weimar** bei **unserer Niederlassung** und bei der **Thüringischen Landesbank Aktiengesellschaft**

zu hinterlegen und bis zum Schluß der Generalversammlung daselbst zu belassen oder die Hinterlegung bei einem deutschen Notar dadurch nachzuweisen, daß sie einer der genannten Anmeldestellen spätestens am 25. November d. J. einen ordnungsmäßigen Hinterlegungsschein des Notars in Verwahrung geben. Dieser Hinterlegungsschein gilt nur dann als ordnungsmäßig, wenn darin die hinterlegten Aktien nach Nummern genau bezeichnet sind, und wenn überdies in dem Hinterlegungsschein selbst bescheinigt ist, daß die Aktien bis zum Schluß der Generalversammlung bei dem Notar in Verwahrung bleiben. Gegen Hinterlegung der Aktien oder Einreichung der notariellen Hinterlegungsscheine werden Eintrittskarten ausgehändigt. Die zu hinterlegenden Aktien können ohne Gewinnanteilscheine und Erneuerungsschein eingereicht werden.

Hamburg, den 5. November 1921.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Berliner Stadtsynode.

Nach § 18, Absatz 1, des Kirchengesetzes vom 26. Mai 1905 (Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt, Seite 31) wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß nach dem Haushaltsplan der Berliner Stadtsynode auf Grund des am 16. April 1921 kirchenaufsichtlich und am 6. Juni 1921 staatsaufsichtlich genehmigten Umlagebeschlusses dieser Synode vom 30. März 1921 für das Rechnungsjahr 1921

5 Prozent

der für das Steuerjahr 1920 an das Reich entrichteten Einkommensteuer als Kirchensteuer erhoben werden.

Die Zustellung der Veranlagungsbenachrichtigungen sowie die Einziehung der Kirchensteuern erfolgt durch die Finanzämter. Die Hebeperioden sind die gleichen wie für die Reichseinkommensteuer.

Eine Abholung der Kirchensteuer durch Steuererheber findet nicht statt.

Berlin, den 4. November 1921.

Der geschäftsführende Ausschuß der Berliner Stadtsynode.

Burghart.

Pfandscheine
Brillanten, Gold
Silber (Bruch) Platin
Zahngebisse
Zahn 10 bis 150 Mark
Prismen-Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Einwechseln von ausländischen Gold- und Silbermünzen
Kurt Kehlert, Berlin
Lothringer Str. 34

Was die **Mode bringt** erhalten Sie in diskreter Weise **auf Kredit.** Fertig am Lager. Riesenauswahl. Winter-Ulster **Paletots** Jackett- u. Cutaway **Anzüge** Ersatz für Maß! Damen-Konfektion **Möbel-Einrichtungen** in 4 Etagen. **A. Damitt** Rosenthaler Str. 46-47

Ankauf von **Gold-, Silber-Bruch,** Barren, Uhren, Schmucksachen aller Art, Medaillen, Bestecken

Münzen sammlungen

Platin Abfällen, Zahnstiften, Brennspitzen etc.

Zahn-gebissen auch zerbroch. einzelnen Zähnen

Zur Beachtung! Infolge der ungünstigen Markbewertung haben sämtliche Edelmetalle die denkbar höchste Bewertung erreicht. Versäumen Sie **nicht** diesen günstigen Moment und verkaufen Sie **jetzt** Ihren Gold-, Silber-, Platinbruch u. Gegenstände — Meine handelsgerichtlich eingetragene Firma bürgt Ihnen für absolute **Reellität**

Ankauf zu Engros-Preisen

Brillanten zum Auslandskurs

Edelmetallgroßhandlung **Heinrich Trapp** handelsgerichtlich eingetragene Firma **Beuthstrasse 10** (Laden) am Spittelmarkt Telephon: Zentrum 1876.

Garderobe für Herren, Damen und Knaben nur neueste Modelle auf bequeme Teilzahlung bei mäßiger Anzahlung **Heinrich Georg** Andreasstr. 78, I. Etage (am Andreasplatz)

Zähne von 8 M. an Teilzahlg. 5 J. Gar. Kronen 18 M. Zahnz. m. Einspr. b. schmerzld. Umarb. schlechts Geb. Rep. sof. Zahn-Arzt Dr. Wolf Potsd. St. 55, Hochb.-St. Sprz. 9-7

Bandwurm mit Kopf verloren nach 1½ Stunden durch Reichel's Bandwurmmitt. „Litt seit 7 Jahren an Bandwurm u. hatte schon 6 Mitt. erfolgl. gebraucht." So wurd. bereits Tausende befreit! M 10.—! Kinder M. 7.50 (Altersangabe) **Otto Reichel, Berlin 43,** SO, Eisenbahnstraße 4.

Brillanten, Juwelen kauft auch ganze Nachlässe besonders große Posten gute Ware, zum höchsten Kurs. Amsterdamer Diamantenschleifer Gegr. 1892. 160 Friedrichstr. 160

Zahngebisse bis 2000 per Zahn 20—200 **Gold-, Silber-Bruch** kauft **wieder** zu allerhöchsten Tagespreisen **Laboratorium Seidenbach, Kurfürstenstr. 97,** gegenüb. Haupteing. Zoo. **Achtung, kein Laden!** Haustoreingang direkt an der Ecke Kurfürstendamm. 8—7, Sonnt. 9—2. Bei Ankauf wird Fahrgeld vergütet.

Möbelfabrik Rob. Seelisch

Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a, 5 Min. vom Bahnhof Frankfurter Allee

Gegründet 1876

empfiehlt zu bekannt billigen Preisen bei solider Ausführung

Komplette **Schlafzimmer Speisezimmer Herrenzimmer** einfachen und besseren Genres

Küchen farbig und naturlasiert in allen Preislagen

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern

„Eko" zahlt denkbar höchste Preise für **Brillanten**

Insbesondere für reine weiße Steine, sowie für Gold-, Platin-, Silbergegenstände, auch **große Objekte** kommen in Frage

„Eko" hat die besten Auslandsbeziehungen! Hören Sie unbedingt unser Angebot!

„Eko" Juwelen-Einkaufsgesellschaft

Jägerstraße 17, Ecke Friedrichstraße, neben Stiller

Jedes Wort 1 M. Das fettgedruckte Wort 2.00 M. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 1 M., jedes weitere Wort 60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen doppelt

Kleine Anzeigen

Anzeigen für die nächste Nummer müssen **bis 5 Uhr nachmittags** in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstrasse 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends

Verkäufe

Wintermäntel 85.—, prachtvolle Modellflauschmäntel 350.—, entzückende Roppenschlüpfer, Strachanmäntel spottbillig direkt Werkstatt. Altmann, Rosenthalerstraße 44 III, Hackescher Markt, Bahnhof Börse. *

Kreuzfüchse. Alaskafüchse, Silberfüchse, Skunkse. Sämtliche Pelzarten Hälfte herabgesetzte spottbillige Sommerpreise. Feine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße. *

Anzüge, Schlüpfer, Ulster 125.—, Gummimäntel 185.—, elegante Damenmäntel 150.—, Kreuzfüchse 185.— usw. Riesenauswahl zu fabelhaft billigen Preisen in besten Qualitäten. Keine Lombardware. Leihhaus Vorhagenerstraße 47, Lichtenberg. *

Pelze, Kreuz-, Silber-, Alaskafüchse. Opossumkragen, selten schöne Exemplare, zu spottbilligen Preisen. Gelegenheitskäufe: Anzüge, Ulster, Paletots, Schlüpfer, aus erstklassigen Maßstoffen in prima Verarbeitung. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichstraße 2, Hallesches Tor. *

Perser-, Plüsch-, Gobelindecken, Tischdecken, wunderbare Wandbehänge, spottbilligst Pappelallee 12. *

Graufuchs 500.—, selten schönes Exemplar, außerdem sibirischer Kreuzfuchs 650.—. Tiptop, Turmstraße 38. *

Verkaufe billig erstklassigen Gehrockanzug, Jackettanzug, Cutawayanzug, Paletot, Schlüpfer, Hose. Weingarten, **Prinzenstraße 83.**

Halbumsonst! Kreuzfüchse 90.— an, Rotfüchse 70.—, Zobelfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzwaren zu Schleuderpreisen. Pelzvertrieb Kottbuser Damm 2, neben Jandorf. *

Plattenwagen, Schmiedbock, 90 Zentner Tragkraft, billig. Radtke u. Co., Charlottenburg, Schlüterstraße 3, Fernruf Steinplatz 7359. *

Kastenwagen, eleganter, leichter Einspänner, gibt billig ab Radtke u. Co., Charlottenburg, Schlüterstraße 3, Fernruf Steinplatz 7359.

Monatsanzüge, Winterpaletots zu staunend billigen Preisen. Maß, Gormannstr. 25/26, früher Mulackstraße. *

Bettwäsche billigst! Trotz Warenmangels riesige Auswahl in Deckbettbezügen 72.—, 115.—, Kopfkissen 24.— 29.—, Bettlaken 42.—, Inlette 128.—, Prima Wäschestoffe, Dimiti, Handtücher Fabrikpreise! Wäschefabrik Stumpe & Jäger, Landsbergerstraße achtundachtzig. Stadtbekanntes, größtes Bettwäsche-Spezialgeschäft. *

Gelegenheitskauf Kreuzfüchse, selten groß, 125—575, Skunkseeh-Kragen 225.—, hochmoderner Autopelz, spottbillig. Badenschestr. 10 II, Nähe Bayrischerplatz.

Bettwäsche staunend billig. Deckbettbezug 75.—, Kissen 23.50, Bettlaken 41.—, Handtücher, Wäschestoffe enorm billig. Riesige Auswahl, fachmännische Bedienung. Günstige Anschaffungsgelegenheit. Bettwäschefabrik, Puttkamerstraße 1, Ecke Wilhelmstraße. Geöffnet bis 7. *

Monatsgarderobe und Neu! Herrenanzüge, Burschenanzüge, Schlüpfer, Paletots, Hosen, Damenkleider, Damenmäntel, Kostüme, Röcke, Schuhwaren. Verleihinstitut von Gesellschaftsanzügen. Große Auswahl, billige Preise. Neukölln, Berlinerstraße 41.

Kreuzfüchse 100.—, Zobelfüchse, Blaufüchse, Silberfüchse. Seltene Gelegenheiten. Sensationssommerpreise. Anzüge, Hosen, Uhren, Goldwaren Spottpreise. (Keine Versatzware.) Fahrvergütung. Pfandleihhaus, Schönhauser Allee 115. (Ringbahnhof, Hochbahnhof.) 101R*

auf Teilzahlung Herrenanzüge, Cutaway, gestreifte Hosen, Schlüpfer, Ulster, Raglans, Maßarbeit, moderne Sachen, bequeme, diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb, Nollendorfstraße 22a, II. Etage, Nähe Nollendorfplatz. Geöffnet 9—7. *

Sibirischer Kreuzfuchs, selten schön, 475, prachtvoller Silberfuchs 575, außerdem Alaskafuchs, Blaufuchs billig verkäuflich. Goldmann, Alexandrinenstraße 44 II, Ecke Kommandantenstraße. *

Anzüge, Gummimäntel, Hosen, Cutaways, Gehrockanzüge, Ulster, Paletots, Schlüpfer noch zu alten, spottbilligen Preisen. Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthalerstraße. *

Eisen-Oefen, Stück 160 M., bei größerer Abnahme billiger, gibt ab Töllen, Kochstraße 20. 546b

Möbel

Möbel werden teurer! Verkaufe noch zu alten Preisen. Bar- oder Teilzahlung. Kleinste An- und Abzahlung. Küchen, weiß und bunt. Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, einzelne Möbel. Gekaufte Möbel können unbegrenzte Zeit kostenlos lagern. Landwehr, Müllerstraße 7 (Weddingplatz).

Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, liefert gegen bequeme An- und Abzahlung Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer, Küchen usw. 173R*

Chaiselongue 100.—, Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderdrahtbett. Meicke, Auguststraße 23a, Quergebäude. 183R*

Kaufgesuche

Fahrradankauf, Linienstraße 19. 149R*

Pfandscheine, Kleidungsstücke, Wäsche, Wertgegenstände kauft (Rückkaufsrecht) Joseph, Braunsbergerstr. 4, Nähe Friedrichshain. 536b*

Feldstecher, Mikroskope, Operngläser, Photoapparate kauft Dürr, Oranienstraße 138.

Schallplatten, alte, zerbrochene, Kilogramm 27.—. Plattenumtausch. Sange, Bergmannstraße 15 (Kreuzberg). 547b

Verschiedenes

Vertrauensvolle Auskunft, gewissenhaft. Frau Chm, Hebamme a. D., Stargarderstraße 75. 190R*

Vertrauensvolle Auskunft. Arzt zur Stelle. Hebamme Opitz, Neue Königstraße 57, (Alexanderplatz). *

Dauerwäsche repariert Born, Reichenbergerstraße 7. 70/17*

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Autogenschweißer, 15 Jahre im Beruf, sucht Stellung. Angebote B. 53 an Hauptexpedition „Vorwärts" erbeten.

Kopfarbeit gesucht. Lagerkarte fünfzig, Postamt Adlershof.

Stellenangebote

Mehrere Tischler auf Bau und Möbel nach Zeichnung. Lohn nach Vereinbarung, verlangt H. Wilke, Feilnerstr. 2.

Dreher- und Formerlehrlinge stellt ein Sped, Lützowstr. 2. 76/2

Junges Mädchen oder Bursche für leichte Arbeiten gesucht. Gebrüder Ruben, G. m. b. H., Krausenstr. 29. 548b

Vergolder Farbig- u. Bronzemacher, verlangt Goldleistenfabrik **Reichenberger Str. 88.**

Tüchtigen Polierer welcher das Aufpolieren von Schlafzimmern, eventuell auf eigene Rechnung, übernimmt, verlangen 3/17 **Emmler's Möbelfabrik,** Kottbuser Damm 25/26.

Linotypesetzer sucht **Lichtbildbühne,** Friedrichstr. 225. 5496

Tüchtige Farbigmacher u. Bronzierer sowie Grundierer auf Tapetenleisten. **A. Werkmeister,** Görlitzer Str. 52. 544R

Wir suchen zum 1. Januar für unsere Möbeltischlerei einen erfahrenen **Werkmeister.** Adolf Levy & Co., Schönlanke a. b. Ostbahn.

Junge Mädchen für leichte Arbeit verlangen **C. & S. Hirschfeld,** Ritterstr. 45. 5436

Selbständige **Schwachstrom-Monteure** sowie **Revisions-Monteure** für dauernde Stellung zum sofortigen Eintritt gesucht **Privat-Telephon-Gesellschaft Hamburg m. b. H.** Hamburg, Hohe Bleichen 31/32. „Priteg".

Für kleinere Kunsthornknopffabr. in Großstadt Norddeutschlands wird für dauernde Stellung bei hohem Gehalt ein durchaus **erfahrener** und **verläßlicher Meister** gesucht, der schon in großen Betrieben tätig war, mit den **modernsten automatischen** Maschinen absolut vertraut und auch im **Färben** bewandert ist. Eintritt nach Absprache. Gefl. Angebote m. Zeugnisabschriften unter **H. T. 9641** befördert **Rudolf Mosse, Hamburg.**

Wir suchen per sofort tüchtige und zuverlässige **Härter** für Automobilteile, vertraut mit Vergüten u. Einsetzen **Betriebsmaurer** für Chamottearbeiten **Kupferschmiede**

Daimler-Motoren-Gesellschaft

Zweigniederlassung Berlin-Marienfelde.

Buch- und Steindruckfarben-Fabrik sucht für baldigen Antritt

Werkmeister

bei gutem Gehalte.

Angebote mit Zeugnisabschriften unter **M. 33** an die Hauptexpedition des „Vorwärts" erbeten.

Ziseleur auf Beleuchtungskörper
Graveur auf Prägestanzen u. Quadronen
Frauen für die Galvanik
Spritzerinnen auf Beleuchtungskörper
sucht
R. Frister Akt.-Ges.
Berlin-Oberschöneweide.

Die hiesige Stelle des

Stadtbaurats für Hochbau

(Magistratsmitglied) soll neu besetzt werden. Die Wahl erfolgt nach den Bestimmungen der Städteordnung vom 30. Mai 1853 auf 12 Jahre. Bewerber müssen **abgeschlossene Hochschulbildung** besitzen und sich in **verantwortlicher Stellung** bewährt haben. Neben der Beherrschung des Hochbaues nach der künstlerischen wie nach der wirtschaftlichen Seite wird insbesondere auf **Bewährung** im **Städtebau** und **Siedlungswesen** Wert gelegt.

Gehalt mindestens entsprechend dem der Gruppe XIII der neu zu regelnden staatlichen Besoldungsordnung.

Beginn des Besoldungsdienstalters mit Ablauf des sechsten Jahres nach der Diplom-Ingenieur-Prüfung. Alters- und Hinterbliebenenversorgung nach ortsstatutarischen Vorschriften.

Meldungen nebst Lebenslauf, Zeugnissen und Belegen über bisherige Leistungen bis zum **28. November d. J.** an das Stadtverordnetenbureau im hiesigen Rathause. Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung. 188/18*

Stettin, den 3. November 1921.

Der Stadtverordnetenvorsteher Ahrens

Tüchtiger Kesselschmiedemeister

mit reichen Erfahrungen im Vorzeichnen und Zusammenbau von stationären Kesseln, besonders von Wasserrohr- und Schiffskesseln, zum sofortigen Eintritt gesucht. 10/3

Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften sind zu richten unter **B. N. J. 8045** an **Ala-Haasenstein & Vogler, Berlin W35.**

Zeitungsfrauen zuverlässige, sofort gesucht. **Z. Z.**

Petersburger Platz 4, Immanuelkirchstr. 24, Marcusstraße 36, Lübecker Str. 11, Wattstr. 9, Bärwaldstr. 42, Ackerstr. 174, Müllerstr. 34a, Greifenhagener Str. 28, Pasteurstr. 7, Wilhelmshavener Str. 48. **Neukölln,** Neckarstr. 2 und Siegfriedstr. 28/29. +33

Damenwäsche!

Geübte Näherinnen für alle Artikel, besonders Nachthemden, Beinkleider, Passenhemden und Knabenhemden finden dauernde Beschäftigung außer dem Hause. Meldung mit Probearbeit bei **Leonhard Tietz A.-G.** **Stralauer Str. 42/43,** II. Hof, 2 Tr.